Nr. 8. Halle (Saale), Dienstag, den 11. Januar 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 70 Pf. frei ins Haus. Durch die Post gleichfalls 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle, nur bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Vorstöße gegen die nordwestlich von Massiges genommenen Gräben wurden abgewiesen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen erhöht sich auf 180 Mann.

Ein französisches, mit einer 3,8-Zentimeter-Kanone ausgerüstetes Kampfflugzeug wurde bei Bonmen (südlich von Dixmuiden) durch Abwehrfeuer und einen Kampfflieger zur Landung gezwungen. Das Flugzeug ist mit seinen Insassen unversehrt in unsere Hand gefallen. Bei Tournai wurde im Luftkampf ein englischer Doppeldecker abgeschossen.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 10. Januar. Russischer Kriegsschauplatz. Auch gestern fanden in Ostgalizien und an der Grenze der Bukovina keine größeren Kämpfe statt; nur bei Toporoutz wurde abends ein feindlicher Angriff abgewiesen. — Sonst nichts Neues.

Montenegrinischer Kriegsschauplatz.

Unsere gegen Berane vordringenden Kolonnen haben die Montenegriner neuerlich von mehreren Höhen geworfen und Biocaerreicht. Nördlich dieses Ortes ist das östliche Limufer von Feinde gesäubert. Die Truppen, die auf den Höhen über einen Meter Schnee zu überwinden haben, leisten Vorzügliches. An der Tara Artillerietätigkeit und Geplänkel. — Die Kämpfe an der Südwestgrenze Montenegros dauern an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Von Geschützkämpfen im Görzischen, im Gebiete des Col di Lana und im Abschnitte von Vielgereuth abgesehen, fand an der Südwestfront keine Gefechtstätigkeit statt.

Die Räumung von Gallipoli

ist nach englischer Darstellung „freiwillig" unternommen worden und angeblich auch „ohne Verluste" vor sich gegangen. Der englische General Monroe meldet: Die Räumung der Halbinsel Gallipoli ist erfolgreich fortgeführt. Alle Kanonen und Haubitzen wurden weggeschafft, außer abgenützten Geschützen, die vor dem Abzug in die Luft gesprengt wurden. Die Gesamtverluste sind: ein britischer Soldat. Die Franzosen hatten keine Verluste —

Daß die Räumung vollständig ist, wird von der englischen Regierung jetzt auch amtlich bestätigt. Asquith gab im Unterhause eine kurze Erklärung ab, in der er es (nach Reuter) sogar als außerordentliche Leistung hervorhob, daß die britischen Streitkräfte ohne alle Verluste an Menschen von Gallipoli zurückgezogen worden seien. Von den 11 zurückgelassenen Geschützen seien zehn abgenützte Fünfzehnpfünder und alle unbrauchbar gemacht worden. Die Rückzugsoperationen würden einen unvergänglichen Platz in der englischen Geschichte einnehmen.

Etwas anders nehmen sich die ruhmvollen Rückzugsoperationen in den aus türkischer Quelle stammenden Meldungen aus. So wird der Köln. Ztg. u. a. berichtet: Bei Sedd ul Bahr versuchte der Feind unter dem Schutz dreier Kreuzer die Einschiffung seit Mitternacht vom Sonnabend bis zum Sonntag. Die gesamten türkischen Truppen, welche die feindliche List voraussahen, machten gegen Morgen einen Bajonettangriff. Es folgte eine blutige Schlacht. Das türkische Hauptquartier kennzeichnet die Erfolge als sehr groß. — Auch die Frankf. Ztg. weiß von dem Rückzuge vorausgegangenen heftigen Kämpfen zu melden, wenn sie meldet:

„... Seit 14 Tagen wurde erbittert gerungen. Wie kaum auf einem anderen Kriegsschauplatz des Weltkrieges entfalteten bei diesen Angriffen sämtliche Waffen eine ausgedehnte Tätigkeit. Die Kriegsschiffe und Küstenbatterien schützten die Gräben; Aeroplane, Hydroplane und Tauchboote, alles war hüben wie drüben für das welthistorische Finale aufgeboten. Mit unvergleichlicher Bravour, wie zu Beginn der von dem Vierverband mit den ausgedehntesten Hilfsmitteln und großen Hoffnungen eingeleiteten Dardanellen-Expedition, die nun ununterbrochen fast ein Jahr andauert, kämpfte auch jetzt das ottomanische Heer. Die von den Türken dem Feinde bei Sedd ul Bahr beigebrachten Verluste sind gewaltig, während die türkischen fast geringfügig sind. Einzelne französische Truppenteile konnten unter dem Schutze anhaltenden Schiffsfeuers abtransportiert werden. Die Niederlage des Vierverbandes an den Dardanellen bildet das glänzendste Ruhmesblatt der türkischen Geschichte.

Die Kosten des Abenteuers — 5 Milliarden. In Konstantinopel berechnen gute Beurteiler die Kosten des Vierverbandes für die Dardanellen-Expedition auf fünf Milliarden Mark, wobei die Verluste an Kriegs- und Handelsdampfern nicht eingerechnet sind.

An der griechisch-bulgarischen Grenze

ist, wie dem B. T. aus Sofia gedrahtet wird, noch keine Veränderung der Lage eingetreten. Die verbündeten Truppen stehen noch immer Gewehr bei Fuß, der bevorstehenden Befehle harrend. Auch auf seiten der Engländer und Franzosen sind keine nennenswerten Vorgänge zu verzeichnen. Die äußerste Linie der Vierverbands-Truppen, die, wie berichtet, bis zum Masjaggebirge reichte, ist womöglich noch kürzer geworden. Sie beschränkt sich jetzt fast vollkommen auf das Gebiet von Karasuli, Kilindir und Kukusch. Dagegen bauen die Engländer und Franzosen ihre brückenkopfartige Stellung bei Saloniki sowie die Linie nach Orfano eifrigst weiter aus.

Auch die Verhaftungen und Ausweisungen werden munter fortgesetzt. Sie erstrecken sich jetzt schon auf die fremden Staatsangehörigen der griechischen Inseln; auf Milo, Ikaria und Chios wurden sie von dem Vierverband ausgewiesen.

Die Insel Mytilene wurde besetzt. In der Nacht zum 7. Januar erschien vor Mytilene ein Schiff mit 800 Mann, die nach erfolgter Landung wichtige Häuser und Hauptplätze besetzten. 13 Personen wurden verhaftet, darunter der deutsche und der österreichisch-ungarische Konsulatsvertreter. — Nach einer Meldung aus Athen haben die Gesandten des Vierbundes gegen die von den Franzosen auf Mytilene vorgenommenen Verhaftungen Protest eingelegt. Diese Verhaftungen lassen vermuten, daß Mytilene zur Operationsbasis gemacht werden wird.

Die Kämpfe in Albanien zwischen den aufständischen Stämmen und dem regulären serbischen und italienischen Militär dauern mit großen Verlusten für die Serben und Italiener an. Die Albaner haben besondere Gebirgsgeschütze. In der letzten Woche wurden 1500 Verwundete nach Italien transportiert.

Der österreichische Vormarsch in Montenegro.

Aus dem k. und k. Kriegspressequartier wird gemeldet: Die Montenegriner sind aus dem Sandschak geworfen, aus Südbosnien vertrieben und vom Meere abgeschnitten. Nun wird die Offensive im Inneren Montenegros fortgesetzt. Von den Boche und von der Herzegowina aus geht der Angriff unter der bewährten Führung des Generals v. Koeveß. Starke artilleristische Kräfte sind bereitgestellt worden und seit Tagen in Tätigkeit. Die Infanterie bedroht nun nicht mehr bloß die Nord- und Nordostgrenze Montenegros, die einzige Verbindung mit Neuserbien und Nordalbanien, sie erstreckt sich bereits Schritt für Schritt auf den Lovcen, das unmittelbare Ziel jeder von Cattaro landeinwärts geführten Unternehmung.

Mord eines Abgeordneten. Sofia, 10. Januar. Der stambulowistische Abgeordnete Utschormanski wurde gestern abend vor dem Nationaltheater erschossen. Der Mörder erschoß sich dann selbst. Es handelt sich um persönliche Rache wegen einer Geldangelegenheit.

Grundsätze bei Versenkungen.

Washington, 10. Januar. (Reuter.) Deutschland verspricht in der Note über die Versenkung des William P. Frye den Nichtkämpfern Gelegenheit zu geben, sich in Sicherheit zu bringen, ehe das erbeutete Schiff versenkt wird. Außer wenn Wetter und See sonnige Nähe der Küste Gewähr bieten, daß die Boote den nächsten Hafen erreichen, wird den an Bord befindlichen Personen nicht befohlen werden, in die Boote zu gehen. Die deutsche Regierung lehnt den Vorschlag Amerikas, die Sachverständigen zur Feststellung des Schadens in Washington zusammentreten zu lassen, als für sie nicht angängig, ab und empfiehlt den Zusammentritt der Kommission in Deutschland. Sie beantragt ferner eine schiedsgerichtliche Auslegung des preußisch-amerikanischen Handelsvertrages durch ein besonderes Schiedsgericht von 5 Mitgliedern, das am 15. Juni im Haag zusammentreten soll.

Amerika wünscht Abschwächung der Blockade Deutschlands. Washington, 10. Januar. Die Central News meldet: Staatssekretär Lansing bereitet eine Note an England vor, worin um eine Abschwächung der Blockade nachgesucht wird. Die Note begründet dies mit der früheren Erklärung Englands, daß Lebensmittel nicht als Bannguts betrachtet werden können.

Mord als Kriegseinleitung.

Jaurès sah seinen Meuchelmord voraus!

Aus Anlaß der Nachricht, daß die Gerichtsverhandlung gegen Raoul Villain, den Mörder von Jaurès, verschoben worden sei, da die Regierung eine „Störung des öffentlichen Friedens" befürchtete, lenkt die Zeitung Bataille die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf folgende Voraussage, die Jaurès am 4. Juli 1913 in einer Kammerrede gemacht hat. Jaurès wendete sich an die Rechte der Kammer und sagte wörtlich:

„Diejenigen, die euch unterstützen, appellieren fortgesetzt an den Meuchelmord gegen uns. Indem eure Blätter spaltenlange Verleumdungen gegen uns bringen, sprechen sie von mir und meinen Freunden in folgenden Worten: „Nach dieser moralischen Hinrichtung wird am Tage der Mobilmachung eine vollständigere Hinrichtung folgen." Und ein Schriftsteller, der für euch und für die drei Jahre (Dienstzeit) schreibt, erklärte dieser Tage, daß diejenigen, die das Gesetz der drei Jahre bekämpfen, im Einverständnis mit dem Feinde handeln. Und Herr Paul Adam fügte hinzu, daß diese Personen am Tage der Kriegserklärung niedergemacht werden würden, da sie sich zu Mitschuldigen der Invasion machen. Ein anderer Journalist schrieb: „Ich hoffe, daß diese Leute am Tage der Mobilmachung von einem Korporal und vier Soldaten an die Mauer gestellt und niedergeschossen werden." Ein anderer erklärte: „Es wird sich schon jemand finden, der diesem Menschen (Jaurès) ein wenig Blei in den Kopf spritzt."

Dreizehn Monate später wurden diese Drohungen zur Wahrheit. Am Tage der offiziellen Mobilmachung Frankreichs erfolgte die „vollständigere Hinrichtung" Jaurès' durch Raoul Villain. Kein Wunder, daß die französische Regierung die Gerichtsverhandlung von einem Termin zum andern verschiebt aus Rücksicht auf den — „öffentlichen Frieden". Sie sieht voraus, daß die Anstifter und Schuldigen entdeckt werden!

Ernährungsfragen.

Von Gust. Hoch, M. d. R.

Auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung stehen die Ernährungsfragen. Die Verhandlungen hierüber werden sich auf den Bericht stützen, den der konservative Abgeordnete Graf v. Westarp für die Budgetkommission ausgearbeitet hat.

Der Bericht erklärt, daß zwar die unbedingt notwendigen Lebensmittel zur Verfügung stehen, daß aber — wenn nicht ein Notstand eintreten soll — die Lebensmittel planmäßig beschafft und an alle Kreise der Bevölkerung verteilt werden müssen. Diese planmäßige Regelung der Volksernährung ist jedoch bisher nur ungenügend erreicht worden. Die Verhandlungen im Ausschuß des Reichstages haben hierfür Belege in Hülle und Fülle ergeben.

Die Sozialdemokraten haben von Anfang an darauf hingewiesen, wie notwendig eine solche planmäßige Regelung ist, daß sie aber durch die Bureaukratie allein nicht erreicht werden wird. Bereits in der „freien Kommission" des Reichstages haben unsere Genossen am 1. Dezember 1914 die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der sich u. a. aus zwölf vom Reichstage bestimmten Mitgliedern zusammensetzen sollte.

Erst am 25. September 1915 hat die Reichsleitung den ersten Schritt auf dieser Bahn mit der Bekanntgabe über die Errichtung von Preisprüfungsstellen getan. Für das ganze Reichsgebiet wurde eine Preisprüfungsstelle mit dem Sitz in Berlin errichtet. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Der Reichskanzler ernennt den Vorstand und die Mitglieder des Beirates. Dem Beirat gehören auch Reichstagsabgeordnete an, so von unserer Partei die Genossen Ebert und Schmidt (Berlin). Der Reichs-Preisprüfungsstelle liegt hauptsächlich ob: Den Reichskanzler in allen, die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betreffenden Fragen, namentlich über die Preisverhältnisse, zu beraten.

Die Reichsleitung sprach sich in ihrer Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen anerkennend über die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle für das Reich aus. In dem Ausschusse des Reichstages dagegen erklärten mehrere Abgeordnete, die auch Mitglieder der Preisprüfungsstelle für das Reich sind: Sie erhielten von den meisten Maßnahmen erst in der Weise Kenntnis, daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Ihre Beschäftigung sei auch nicht ständig genug, um ihnen den genügenden Einfluß zu sichern. In den Fachausschüssen hätten sie kein Fragerecht. Das Material erhielten sie meist zu spät, um sich noch ausreichend unterrichten zu können. Die Preisprüfungsstelle sei auch zu groß, um schnell und erfolgreich zu arbeiten. Die Tätigkeit der Abgeordneten dabei sei mehr dekorativ und die Aeußerungen, die man tue, führten nicht zu unmittelbar verantwortlichen Entscheidungen. Besonders aber müsse den Abgeordneten mehr die Möglichkeit zu Anregungen gegeben werden. Ferner wurde hervorgehoben, daß die Preisprüfungsstelle für das Reich nur die Befugnis habe, den Reichskanzler zu beraten, dagegen nicht, Anordnungen zu beschließen. Es sei aber gerade erforderlich, daß die beschließende und anordnende Tätigkeit mehr als bisher in eine straffe Hand komme, und daß die Verzögerungen und Widerstände, denen der Erlaß und die Durchführung der Verordnungen ausgesetzt sei, mehr als bisher beseitigt würden (Bericht Seite 35).

Die Erfahrung hat inzwischen gezeigt, daß der Einfluß der Großgrundbesitzer, insbesondere durch das preußische Ministerium der Landwirtschaft, ferner der Einfluß mancher anderer großkapitalistischer Kreise sehr hemmend auf die Reichsleitung in bezug auf die planmäßige Regelung der Volksernährung wirkt.

Ein zielsicherer nachdrücklicher Widerstand hiergegen ist nur dann möglich, wenn er ausgeht von den Parteien des Reichstages, die für jene Regelung eintreten, und wenn er unterstützt wird durch die Bevölkerungsschichten, die unter der Teuerung am schwersten leiden. Aus diesen Gründen ist eine möglichst enge Verbindung der Reichsleitung mit den Parteien des Reichstages und der Oeffentlichkeit notwendig.

Als Ergebnis der Beratung in dem Ausschuß wurde u. a. ein Antrag angenommen, den Reichskanzler zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages einen Beirat für die Versorgung der Bevölkerung einzuberufen. Der Beirat soll aus 15 Abgeordneten bestehen und vom Reichstage gewählt werden. Der Beirat soll vom Reichsamt des Innern mit allem einschlägigen Material versehen werden und das Recht haben, Anregungen zu geben. Die Reichsleitung ist bereits diesen Forderungen nachgekommen, da die Annahme des Antrags sicher erscheint und in der Sache selbst Eile dringend geboten ist. Der Beirat ist bereits gebildet und beginnt sofort seine Tätigkeit. Unsere Partei hat bekanntlich die Genossen Bauer, Ebert, Molkenbuhr und Schmidt (Berlin) als Mitglieder des Beirates bestimmt.

Die Hauptsache ist, aber jetzt, daß die nötige Verbindung unserer Mitglieder im Beirate mit der Partei hergestellt wird. Sonst ist kaum zu erwarten, daß die Genossen des Beirates selbst beim größten Eifer die Hoffnungen erfüllen können, die wir auf sie setzen müssen. Am zweckmäßigsten erscheint vielleicht, daß Partei- und Fraktionsvorstand eine Sammelstelle bilden für alle Anregungen und Beschwerden auf dem Gebiete der Ernährung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 11-16/fragment/page=0001

Hierhin sind die Vorschläge, insbesondere der Genossen zu richten, die in den einzelnen örtlichen Preisprüfungsstellen tätig sind. Partei- und Fraktionsvorstand haben alle eingegangenen Anregungen durchzuarbeiten, sie mit unseren Genossen im Beirate zu besprechen und sich mit ihnen regelmäßig über die im Beirat einzunehmende Stellung zu verständigen. Die Reichstagsfraktion kann dann beim Zusammentritt des Reichstages den Bericht ihrer Mitglieder im Beirat entgegennehmen und das beschließen, was von ihr im Reichstage geschehen soll. Zu wünschen wäre, daß auf diesem wichtigen Gebiete ein möglichst segensreiches Zusammenarbeiten der weitesten Parteikreise erreicht werde.

Begrenzung der Brotration.

Die Getreideernte 1915.

Berlin, 10. Januar. Die Bestandaufnahme vom 16. November 1915 hat ergeben, daß die Brotgetreidevorräte im Deutschen Reich ausreichen, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Es hat sich aber herausgestellt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Wirtschaftsjahres getroffen wurden: Freigabe von Winterkorn und Futterschrot, geringere Ausmahlung und Erhöhung der Brotration, bei Verbrauchern und Landwirten die Auffassung erweckten, als wenn unsere Vorräte überreichlich wären und Vorsicht nicht vonnöten wäre. Diese Auffassung ist irrtümlich. Wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur reichen, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve ins nächste Wirtschaftsjahr hinüberkommen wollen. Das Kuratorium der Reichsgetreidestelle hat daher beschlossen, unter vorläufiger Aufhebung der freieren Maßnahmen zu den Bestimmungen der Verteilungsplanes des vergangenen Jahres zurückzukehren und die Tageskopfmenge wie im Frühjahr 1915 festzusetzen. Für das Bedürfnis der Schwerarbeiter nach stärkeren Brotrationen wird wie bisher ausreichend gesorgt werden. (W. T. B.)

Zensur und Belagerungszustand.

Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß (Budgetkommission) des Reichstags nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf.

Die Sozialdemokraten haben beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt wird.

Die Nationalliberalen beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Preßfreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken; 2. daß beim Kriegs-Presse-Amt und bei allen Generalkommandos Preßabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden; 3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Abg. Dittmann (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Antrag: Der heutige Zustand ist ungesetzlich, denn er steht im Widerspruch mit der Verfassung. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sind nicht gegeben; mit Ausnahme von einem Teil der Reichslande ist kein deutsches Gebiet vom Feinde bedroht. Redner stützt seine Auffassung auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes von 1851. Das öffentliche Leben ist zurzeit in Deutschland völlig unterbunden. Die Kommandierenden Generale üben nicht bloß eine vollziehende, sondern direkt eine gesetzgebende Tätigkeit aus. Damit werden die Parlamente geradezu ausgeschaltet. Zum Schutze militärischer Dinge genüge völlig das Spionagegesetz. — Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Generale? Die Zensur arbeitet nicht nur langsam, sie unterdrückt auch die freie Meinungsäußerung. Die Zensur streicht Artikel völlig harmlosen Inhalts. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im Korpsbezirk Münster. Was man dort der Rhein.-Westf. Ztg. zu besprechen gestattet, wird der oppositionellen Presse zu erörtern verboten. Bürgerliche Organe, die für die Friedenspropaganda wirken, wurden verboten, weil ihr Bestreben angeblich an Landesverrat grenze. Das Versammlungsrecht ist so gut wie beseitigt; man gestattet nicht einmal Kritik an den Regierungsmaßnahmen in der Ernährungsfrage zu üben. Redner trägt eine ganze Reihe recht drastischer Beweise vor. Jede freie Regung der Arbeiterschaft wird unterbunden; selbst die Feststellung, daß in einem Betriebe Differenzen ausgebrochen sind, dürfte nicht veröffentlicht werden. Im Bezirk Münster hat man sogar Werkstattbesprechungen verboten. Man hat auch versucht, die Parlaments-Oeffentlichkeit zu unterbinden. Redner erörtert dann, eingehend den Loebellschen Presse-Erlaß. Die sozialdemokratische Presse steht direkt unter einem Ausnahmerecht. Der Belagerungszustand dient aber auch dazu, oppositionell gesinnte Personen in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken. Wer nach wie vor von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen will, riskiert, in militärische Schutzhaft genommen zu werden. Diese Zustände sind geradezu unhaltbar.

Ministerialdirektor Lewald behauptet, daß der Belagerungszustand zu Recht verhängt sei; die Voraussetzungen seien schon dann gegeben, wenn das Reichsgebiet bedroht erscheine. Verantwortlich seien die Kommandierenden Generale nur dem Kaiser. Der Reichskanzler habe dafür keine Verantwortlichkeit zu tragen. Durch die Schaffung des Kriegs-Presse-Amts sei für die Presse eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Die Zensur sei nötig; sie bestehe in allen kriegführenden Staaten.

Abg. Fischbeck (Fortschr.) erklärt, daß seit dem Bestehen des Kriegs-Presse-Amts der Zustand sich erheblich verschlechtert hat. Die Zensur unterdrückt auch Dinge, die lediglich den Unternehmern unbequem sind. Ein erheblicher Teil der Schuld trägt in der Person der Zensoren; in Berlin hat man die Zensur einer sehr ungeeigneten Person übertragen. Die Zeitungen werden sogar verantwortlich gemacht für Fehler, die von der Zensur selbst begangen worden sind. Dabei werden die einzelnen Zeitungen ganz verschieden behandelt. Ein Zensor in Schlesien übt sich sogar in Verbesserungen des Stils der Zeitungen; ein Zitat von Lenan, das ihm nicht gefiel, dichtete er einfach um! Der Buchhandel wird schwer geschädigt durch die Präventivzensur. Die Art, wie man die Presse behandelt und bevormundet, ist direkt unwürdig. Redner erörtert dann den Friedensziel-Artikel der Neuen Züricher Zeitung, an dem die Zensur Streichungen vorgenommen hat, wodurch das Bild wesentlich verändert wurde. Die vom Redner vorgebrachten Beispiele über Leistungen der Zensur riefen vielfach stürmische Heiterkeit hervor. Selbst die amtlichen Nachrichten der Stadt Berlin sind unter Zensur gestellt worden. Die Erörterung der Differenzen zwischen der Stadt Berlin und dem Zweckverbande ist vom Oberkommando einfach verboten worden. Redner greift dann den Loebellschen Presse-Erlaß scharf an, durch den die Presse in absolut unzulässiger Weise beeinflußt werden soll. Zeitungen, die die Artikel der betreffenden Korrespondenz nicht abdrucken wollen, wurden mit Zensurmaßnahmen bedroht. Dieser Erlaß des preußischen Ministers des Innern bedeutet den schlimmsten Bruch des Burgfriedens. Die Unabhängigkeit der Presse wird damit außerordentlich gefährdet. Die preußische Regierung versucht auf diese Weise die kommenden Wahlen zu beeinflussen.

Unterstaatssekretär Zimmermann nimmt das Auswärtige Amt gegen verschiedene Vorwürfe in Schutz. Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen, daß nach Ansicht der Regierung die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden könne.

Ein Vertreter des preußischen Ministers des Innern erklärt, der Presse-Erlaß gehöre vor den preußischen Landtag. Die preußische Regierung nehme auch für sich die publizistische Freiheit in Anspruch. Die Erlasse waren geheim. Die Artikel der Korrespondenz sollten aufklärend wirken. Ein Zwang zur Aufnahme der Artikel ist nicht ausgeübt worden. In einer von dem Regierungsvertreter verlesenen langatmigen Erklärung wird das Vorgehen des Ministers als völlig harmlos hingestellt.

Abg. Graf Westarp bespricht den Einfluß des Auswärtigen Amts auf die Zensur. Das Vorgehen gegen einen Teil der Presse ist durchaus einseitig; darunter leidet ganz erheblich die — konservative Presse. (Große Heiterkeit.) Ein Beschluß des engeren Vorstandes der konservativen Partei ist von der Zensur verstümmelt worden; dagegen durfte eine Kundgebung des sozialdemokratischen Vorstandes veröffentlicht werden. Gegen den Vorstand der Konservativen ist sogar ein offiziöser Angriff erfolgt, der in der Oeffentlichkeit nicht abgewehrt werden konnte. Die linksstehende Presse erfreue sich einer weit größeren Freiheit. Das Dementi des Artikels in der Neuen Züricher Zeitung ist zweifellos völlig ernst zu nehmen; die Art der Veröffentlichung ließ aber eine besonders glückliche Hand vermissen. Die Angabe der Zensur muß sein, zu unterdrücken, was dem Vaterland schaden kann, dagegen darf nicht von ihr erfaßt werden, was dem Vaterland nützen kann. Allzu ängstlich braucht man nicht zu sein, denn das Ausland saugt schließlich aus allen Blüten Honig. Mit der Unterbindung der Kritik schadet man der Sache nur. Kritik ist nötig, man solle sie mit Freuden begrüßen.

Abg. Weinhausen (Fortschr.): Die Verhältnisse sind im Laufe der Zeit immer schlechter geworden. Zuerst befaßte sich die Zensur nur mit militärischen Fragen, jetzt hat sie auch die politische Haltung in den Kreis ihrer Machtvollkommenheit gezogen. Die Pressekonferenzen sind zu bloßen Instruktionsstunden für Journalisten geworden. In der Zensur herrscht eine völlige Zerfahrenheit. Die Vorschriften sind derart angewachsen, daß sie heute kaum mehr übersehen werden können. Die Zensur stellt sich auch schützend vor Einzelpersonen; sie macht auch nicht Halt vor lokalen Dingen. Man verbietet Theaterstücke, das Singen harmloser Lieder, ja man hat sogar verboten, daß Damen in öffentlichen Lokalen rauchen! Die Zensur verbietet Zeitungen ohne jede Rücksicht auf den enormen Schaden, der damit verbunden ist. Man sollte aber doch mindestens erwarten dürfen, daß die Verbote auch begründet werden, damit man weiß, weshalb das Verbot erfolgte. Die Oberzensurstelle hat sogar versucht, die Berichte über Parlamentsverhandlungen zu unterdrücken. Das Kriegs-Presse-Amt hat dahin gewirkt, daß die Zensur eine weitere Verschärfung erfuhr. Eine solche Behandlung hat die Presse Deutschlands wahrlich nicht verdient. Die Zensur soll sich nur auf militärische Dinge beziehen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.)

beschäftigt sich mit dem Loebellschen Presse-Erlaß, der allerdings auch den Reichstag angeht, um so mehr, als die dort empfohlene Korrespondenz auch zu Wahlzwecken benutzt werden soll. Der amtliche Apparat wird dazu benutzt, die Zeitungen zu zwingen, bestimmte Artikel aufzunehmen. Eine Kritik an diesem Zustand wird schließlich von der Zensur unterdrückt. Soll diese Korrumpierung der öffentlichen Meinung vielleicht der „Beginn der Neuorientierung" sein? Die Klagen über die Zensur wiederholen sich immer wieder, das Kriegs-Presse-Amt ist aber bezeichnenderweise hier gar nicht vertreten, erfährt vielleicht gar nichts von diesen Klagen. Daß man die innere Politik unter Zensur stellt, ist völlig unhaltbar. Mit der Einschränkung der Preßfreiheit leistet man Deutschland den schlechtesten Dienst. Das Ausland kennt unsere Verordnungen, kennt unsere Parlamentsverhandlungen; aber die Presse darf nichts schreiben. Das Verbot der Versammlungen, die Einreichung des Manuskripts der Reden sind Dinge, die sinnlos sind. In England wird an der Regierung die schärfste Kritik geübt, darin zeigt sich gerade die Stärke dieses Landes. Deshalb kann es auch nicht von Nachteil sein, wenn man sich in Deutschland frei aussprechen darf. Die Kommandierenden Generale dehnen ihre Wirksamkeit immer weiter aus. Soll über die kommenden neuen Steuern etwa auch nicht geredet und geschrieben werden dürfen? Unter allen Umständen aber muß gefordert werden, daß endlich die Erörterung der Kriegsziele freigegeben wird. Die Wirkung einer solchen Diskussion auf das Ausland soll man nicht überschätzen. In der deutschen Meinung hat die Regierung ein Instrument in der Hand, das sie nicht unbeachtet lassen soll. Redner fordert schließlich die sofortige Zurückziehung des Loebellschen Presse-Erlasses.

Abg. Gerstenberger (Zentr.) bezeichnet die Zensur als kleinlich. In Bayern ist der sozialdemokratischen Presse die größte Freiheit zugestanden worden, die Zentrumspresse hat man aber beschränkt, als sie auf die sozialdemokratischen Angriffe antworten wollte. Die Zensoren spielen sich jetzt geradezu als Redakteure auf. Feldpostbriefe durften u. a. deshalb nicht veröffentlicht werden, weil sie dem Zensor nicht interessant genug erschienen. Als Zensoren müßten Leute ausgewählt werden, die frei sind von bureaukratischer Beschränktheit. Man müßte außerdem eine besondere Instanz schaffen, die allein das Recht haben soll, ein Verbot zu erlassen. Die Behandlung der Presse erklärt sich aus der Geringschätzung, die die Presse in Deutschland genießt.

Oberst Hoffmann gibt Auskunft über 518 Beschwerden, die Abg. Dittmann überreicht hat. Die größere Hälfte habe sich als „unbegründet" erwiesen, ein Teil war zweifelhaft und nur ein kleiner Teil erwies sich als berechtigt.

Abg. Stadthagen (Soz.)

stellt fest, daß er den Ausführungen des Grafen Westarp über die Zensur zustimmen könne. In der Tat bestehe ein ganz unhaltbarer Zustand. Es entstehen im Volke alle möglichen tollen Gerüchte und die Presse ist nicht in der Lage, Aufklärung zu verbreiten. Wendet man sich an die Behörden, so erhält man entweder keine oder eine vollständig unzureichende Antwort. Das ganze System, das wir heute haben, ist gesetzwidrig. Für die Zensur sind nicht militärische, sondern politische Interessen maßgebend. Man schreibt der Presse die Haltung vor, die sie einzunehmen hat, und gleichzeitig verbietet man der Presse, kenntlich zu machen, daß es sich um ein Eingreifen der Zensur handelt. Die Zensur geht sogar so weit, daß sie selbst die Titel von Büchern streicht, die im literarischen Teil der Zeitungen angekündigt werden. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß im Ausland kein Mensch daran glaubt, daß das deutsche Volk in allen Punkten einig ist. Die rechtsstehende Presse hat weit mehr Bewegungsfreiheit; Versehen, die dort vorkommen, deckt man einfach mit dem Mantel der Liebe zu. Nach dem Gesetz darf nur eingeschritten werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Dieses letztere Kriterium ist aber in den allerseltensten Fällen gegeben. Der Loebellsche Erlaß war ein Mißbrauch der Amtsgewalt. Redner erläutert dann an der Hand von Korrekturbogen des Vorwärts das Wirken der Zensur. Stürmische Heiterkeit und allgemeine Zustimmung beweisen, wie die Budgetkommission über diese Tätigkeit der Zensur denkt. Redner hob hervor, daß man auf diese Weise Mißstimmung in die weitesten Kreise trägt. Dem Vorwärts wird gestrichen, was andere Zeitungen bringen dürfen. Diese Behandlung ist an der Tagesordnung unerhört. Die nationalliberalen Anträge beseitigen das Uebel nicht. Man muß die völlige Beseitigung der Zensur fordern. Sie kann beseitigt werden, denn man hat die Strafgesetze zur Verfügung, die als vollkommen ausreichend bezeichnet werden müssen. Die Unterbindung der freien Meinungsäußerung ist ein Beweis von Schwäche. Klarheit wird nur geschaffen, wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird und auch der Zusatz, der von den Sozialdemokraten zum nationalliberalen Antrag gestellt wurde, der lautet: Das Verbot einer Zeitung darf nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann hat der Reichskanzler die Verantwortung für Zeitungsverbote zu tragen.

Abg. Roesicke (Bund der Landwirte) findet die Kritik an der Zensur berechtigt. Die Zensur solle man zwar nicht aufheben, aber man soll sie umgestalten; denn es ist durchaus nicht angängig, die Bevölkerung wie Schuljungen zu behandeln. Redner bestreitet schließlich, daß die agrarische Presse eine Ausnahmestellung einnehme. — Die Verhandlungen gehen am Dienstag weiter.

Aus der Partei.

Zur Kundgebung des Parteiausschusses.

Die Entschließung der Mehrheit des Parteiausschusses (28 gegen 11), die wiederum die Kriegstaktik der Fraktionsmehrheit billigt, wiederum die Taktik der Minderheit brandmarkt, wiederum dem Parteivorstzenden Haase die „schärfste Mißbilligung" zuweist und als neue Hinzufügung dem Vorwärts das statutarisch festgelegte Recht als Zentralorgan abspricht — diese Entschließung findet in der rechtsstehenden bürgerlichen Presse sehr starke Zustimmung. Diese konservativen und nationalliberalen Organe geben ihrer Genugtuung Ausdruck, daß der Parteiausschuß „im Namen der Partei" die Durchhalepolitik der Fraktionsmehrheit wieder gesichert habe. Ein Teil der andern bürgerlichen Organe hofft auf Vertiefung und Vergrößerung der Gegensätze und auf Spaltung der Partei, auf endliche Niederlegung des Vorsitzes durch den Genossen Haase. Klügere Köpfe (so der geistige Zentrumsführer Bachem im Tag) raten dringend ab von großen Hoffnungen auf „Spaltung" und empfehlen, sich nicht in die Meinungsausgleiche der Sozialdemokratie einzumischen. — Die Parteipresse, soweit sie sich äußert, stellt sich zu der Entschließung je nach ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit oder zur Mehrheit. Die Organe der Mehrheit begrüßen natürlich den Beschluß als bedeutsame Tat und sind ganz damit einverstanden, daß der Parteiausschuß durch die Kundgebungen seiner Mehrheit immer weiter getrieben wird. Mehr noch: einige Parteiblätter fordern jetzt, der Parteivorstand möge weitergehen, vor allem gegen den Vorwärts. — Die Blätter der Minderheit stellen vor allem klar, daß der Parteiausschuß nur berufen ist, Gutachten für den Vorstand abzugeben, daß er durch seine scharfen Beschlüsse seine Zuständigkeiten überschreitet und daß die Meinung der Mehrheit des Parteiausschusses in keiner Weise gleichzusetzen ist mit der Meinung der Mehrheit der Parteigenossen im Lande.

Nach dem Organisationsstatut der Gesamtpartei (§§ 20. 21) besteht der Parteiausschuß aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Ueber seine Aufgaben sagt das Organisationsstatut: „Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab." Er ist also lediglich eine beratende Körperschaft, ein Hilfsorgan des Parteivorstandes, den er über die Stimmung und Wünsche der einzelnen Bezirke unterrichten soll. Dem Parteitag ist nicht er, sondern allein der Parteivorstand über etwa auf Grund der „Gutachten" gefaßte Beschlüsse des Vorstandes verantwortlich. Auf dem Parteitage zu Chemnitz (1912), auf dem die jetzige Gestaltung des Parteiausschusses beschlossen wurde, äußerte sich der Referent der Reorganisationskommission, das Parteivorstandsmitglied Genosse Müller, gegenüber Befürchtungen, daß der Parteivorstand sich hinter den Parteiausschuß verkriechen und daß der Parteiausschuß seine Kompetenz überschreiten könne u. a.: „Wenn der Parteiausschuß nun neben dem Parteivorstand beschließt und diesem sein Gutachten unterbreitet so trägt der Parteivorstand in Zukunft allein gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Diese Tatsache, daß der Ausschuß eine gutachtende Körperschaft ist und der Vorstand die Verantwortung allein trägt, konnte es nun entbehrlich machen, daß der Parteitag die Ausschußmitglieder bestätigt" .... „Der Parteiausschuß gibt sein Gutachten ab, der Parteivorstand ist an diesen Beschluß nicht gebunden" ... „Dann ist eine Frage aufgeworfen, auf die ich a priori gestern eingegangen bin, nämlich, ob etwa im Parteiausschuß Fragen erledigt werden können, wie die über die Abstimmung beim Budget. Es ist unmöglich, daß solche Fragen dort anders entschieden werden können, als durch den Parteitag. Kein Parteitag würde sich das gefallen lassen und kein Parteivorstand würde sich über die Beschlüsse des Parteitages hinwegsetzen, selbst wenn der gutachtliche Beirat das beschließen würde, den wir im Parteiausschuß in Zukunft haben. Man hat gesagt, man werde schon sehen, wie der Hase läuft. Der Hase wird noch lange nicht so laufen, wenn selbst ein Parteiausschuß das beschließen würde."

Nun hat im vorigen Frühjahr der Parteiausschuß aber doch beschlossen, daß für das Budget gestimmt werden könne, hat also doch „anders" entschieden als der Parteitag. Es ist bekannt, wie das am Anfang war, sondern schickt Bannstrahle und Verdammungssätze schwerster Art in die Oeffentlichkeit. Zur Stützung ihrer Auffassung führt leider die jetzige Mehrheit der Parteifunktionäre den Parteiausschuß viel weiter, als das den Parteigenossen lieb sein kann. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß der nächste Parteitag dieser selbständigen Entwicklung des Parteiausschusses zustimmen könnte.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag, den 9. Januar, eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Zu dieser Besprechung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte Anregung gegeben. An der Sitzung nahmen als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler, Ellenbogen, Renner und Seitz und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Gruenwald und Hanusch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160111-16/fragment/page=0002

Der Genosse Dr. Renner hielt das einleitende Referat, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zurzeit in Deutschland und in Oesterreich in der Presse und in Interessentenkreisen vielfach erörtert wird, zunächst theoretisch behandelte, um dann darzulegen, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Bourgeoisien beider Reiche zwecks einer wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich berechtigten Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise vollzogen werden, die für das Proletariat eine Erschwerung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt. Genosse Cunow behandelte als zweiter Referent ergänzend das besondere Interesse, das das deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. — Auf die Referate folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere österreichischen Freunde lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hatten zunächst den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einsetzen wird. Die Referate wurden stenographisch aufgenommen und werden in Kürze im Druck erscheinen.

Politische Uebersicht.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Unterrichtete Kreise bezeichnen die Meldung, daß eine spontane Erklärung der preußischen Staatsregierung für **die Neuregelung des preußischen Wahlrechts** erfolgen werde, als glaubwürdig. Ob diese Erklärung bereits in der Thronrede bei der Eröffnung des preußischen Landtags oder erst im Laufe der Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses abgegeben wird, und welchen Inhalt sie haben werde, steht noch nicht fest.

Hierzu erfährt die freikonservative Post von parlamentarischer Seite: „Das, was man mit dem Worte: „Neuorientierung" der inneren Politik nach Friedensschluß zusammenfaßt, dürfte zwar in der Thronrede gleichfalls seine Stelle finden, wohl auch die Frage der Reform des preußischen Wahlrechts berührt werden, schon um klarzustellen, daß die Landesregierung sich hier nicht schieben läßt, sondern die Führung in der Hand behalten will. Aber man wird sich zweifellos auf einige allgemeine Sätze beschränken und Einzelheiten vermeiden. Daß weiter die Staatsregierung an der Auffassung festhält, daß das gesetzgeberische Werk selbst erst nach Friedensschluß zur Durchführung gelangen kann, steht gleichfalls außer Zweifel."

Zu den Tabaksteuerplänen.

Neuere Mitteilungen. Der Generalanzeiger für Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandel will an maßgebender Stelle erfahren haben, daß die bisherigen Mitteilungen über neue Tabaksteuern, die am 1. April d. J. in Kraft treten sollen, zum mindesten verfrüht sind. Die Regierung habe unter den vielen Vorschlägen ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Am meisten Aussicht habe noch immer die Erhöhung der Banderole-Steuer. Die Mehreinnahmen durch Erhöhung des Zolles auf Zigarrentabak usw. werden selbst im Reichsschatzamt nur auf zirka 60 Millionen Mark geschätzt, da billige Tabake und mittlere Sorten nicht weiter belastet werden können.

Landwirtschaftskammern für höhere Preise.

Es ist außerordentlich beachtenswert, wie in den letzten Tagen die Erzeuger von Lebensmitteln sich rühren und ihre Interessen zu vertreten suchen. Wir berichteten bereits, daß am 5. d. M. die Zuckerinteressenten im Reichsamt des Innern zusammengesessen haben, um der Regierung klarzumachen, daß die Preise für Rüben und Zucker erhöht werden müßten, was nichts anderes bedeutet, als den Zucker, eines der notwendigsten Nahrungsmittel der Bevölkerung, zu verteuern. Am 7. Januar haben die Vorstände der Landwirtschaftskammern Preußens getagt, um ihrerseits der Regierung klarzumachen, was sie zu tun und zu lassen habe, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Preise zu halten und die Lebensmittelfragen zu ordnen. Es wird allerdings allerhöchste Zeit, daß sich nun auch die Verbraucher rühren und sich nicht damit begnügen, nur durch den Beirat, den eine Anzahl Reichstagsabgeordnete jetzt im Reichsamt des Innern bilden, zu sprechen, zumal ein Teil dieser Abgeordneten selbst wieder die Interessen der Erzeuger vertritt. Es war schon ein starkes Stück, daß man in dieser Zeit selbst das einzige Nahrungsmittel, das wir überreichlich erzeugen können und das außerordentlich angenehm und nützlich ist, den Zucker, wiederum verteuern will.

Die Herren von den Landwirtschaftskammern haben so zunächst beschlossen, daß unbeschadet der Winterversorgung der Kartoffelbedarfsgebiete in der bisherigen Weise die Frühjahrsbeschaffung von Speisekartoffeln und die Deckung des Bedarfs der Stärkefabriken und Kartoffeltrocknereien unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern zu bewirken seien.

In der Butterversorgung der Bevölkerung ist nach Ansicht der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern durch die Bundesratsverordnungen alles in bester Ordnung. Die Einführung der Reichsbutterkarten wurde als unzweckmäßig angesehen, dagegen wurde gnädigst zugestanden, daß die Einführung von Butterkarten in den Bedarfsbezirken, die Butter aus den Vorräten der Zentraleinkaufsgesellschaft beanspruchen, zugelassen sein sollen. Dies heißt nichts anderes, als den Butterproduzenten in den kleinen Städten und auf dem Lande für den Vertrieb vollkommen und freie Hand zu lassen. Es war besonders der Oberbürgermeister von Berlin, der auf die Gefahr hingewiesen hat, die daraus entstehen müsse, wenn die Butterversorgung nicht einheitlich durch das Reich geregelt, wenn nicht Butterkarten für das ganze Reich eingeführt würden. Die Gründe für diese Besorgnisse liegen in der Tat auf der Hand. Es kommt eben sonst dahin, daß die Städte weiter allein auf die aus dem Ausland eingeführte Butter angewiesen bleiben, und da diese dauernd im Preise steigt, immer höhere Preise werden zahlen müssen. Diese höheren Preise in den Städten wirken dann natürlich auch auf diejenigen Gegenden zurück, deren Bedarf an Butter durch die einheimische Produktion gedeckt wird. Das aber ist es gerade, was die agrarischen Butterproduzenten wünschen und was jetzt durch den Beschluß der Landwirtschaftskammern outgeheißen wird. Es muß mit aller Macht gegen diese Absicht gekämpft werden und es wird eine zwingende Aufgabe des Reichstages sein, bei der Debatte über die Ernährungsfragen hier einen Riegel vorzuschieben.

Es bleibt weiter bedauerlich, daß die Herren von den Landwirtschaftskammern die Einführung allgemeiner Höchstpreise für Rindvieh einstimmig als undurchführbar angesehen haben. Danach würden die Fleisch- und Fettpreise weiter ohne jede Regelung gelassen und die Zustände, die hier mittlerweile eingerissen sind, bedürfen wirklich keiner neuen Kritik.

Man kann also nach dieser Konferenz nur konstatieren, daß die Vertreter der Landwirtschaft es ausgezeichnet verstanden haben, die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger zu vertreten. Es wird Aufgabe der Verbraucher sein, ihrerseits durch ihre Organisationen ein gleiches zu tun und Macht gegen Macht zu setzen:

Aus der Provinz.

Die Torgauer Anstiftung zum Gerstenwucher.

Wir veröffentlichten im August — wie noch erinnerlich sein wird — ein von unserem Mitarbeiter abgefangenes Rundschreiben der Torgauer Kornhausgesellschaft, das damals in zahlreiche andere Zeitungen überging und viel Aufsehen machte. Jetzt soll der Vorgang noch sein gerichtliches Nachspiel finden. In dem Rundschreiben war gesagt worden, die Landwirte sollten ihre Gerste nicht verkaufen, sondern sie zurückhalten, da in einiger Zeit ein bedeutend höherer Preis zu erzielen sei. Mit Recht wurde ein solches Verfahren gegeißelt, um so mehr, da die Kornhausgesellschaft Kommissionär der Gerstenverwertungsgenossenschaft war. Sofort nach unserer Veröffentlichung entzog diese Genossenschaft ihr die Vertretung. In einer Teuerungsversammlung in Halle Anfang November brachte dann der Buchhändler Müller zur Sprache, daß er bei der Staatsanwaltschaft in Torgau am 8. September Strafantrag wegen Anstiftung zum Lebensmittelwucher gestellt habe. Unterm 15. Oktober hätte er vom Staatsanwalt den Bescheid erhalten, daß das Verfahren eingestellt sei. Es heißt in dem Schreiben:

„Die Preise für rumänische Gerste stellten sich Anfang August auf etwa 650—700 Mk. Nach Lage der Sache war eine Zurückhaltung selbstgeernteter Gerste eine durchaus berechtigte Vorsicht, da Ersatzfutter nur zu diesem und ähnlichem Preisen zu erhalten war. Eine Anstiftung zum Lebensmittelwucher kann unter diesen Umständen in der Handlungsweise der Genossenschaft nicht erblickt werden."

In jener Versammlung erhielt Abg. Delius die Bescheide, um die Angelegenheit dem Justizminister zu unterbreiten. Das geschah in einer Eingabe, in der gesagt wurde, wie das Vorgehen der Kornhausgenossenschaft berechtigte Empörung hervorgerufen habe und der Bescheid der Staatsanwaltschaft in Torgau dringend der Nachprüfung bedürfe. Darauf ist jetzt dem Abgeordneten ein Bescheid des Ober-Staatsanwalts in Naumburg zugegangen, in dem es heißt, daß der Justizminister durch Erlaß vom 27. Dezember Weisung gegeben habe, das Verfahren wieder aufzunehmen. Dementsprechend sei die Staatsanwaltschaft in Torgau ersucht worden, die Führung der gerichtlichen Voruntersuchung zu beantragen.

So wird also doch — wie wir es damals schon forderten — das krasse Vorkommnis noch seine gerichtliche Sühne finden. Wir hielten allerdings nicht für nötig, daß noch erst eine Anzeige erfolgen mußte, erwarteten vielmehr, daß sofort nach unserer Veröffentlichung die Staatsanwaltschaft eingreife, um so mehr, als die Kornhausgesellschaft in einer Zeitungsantwort die Versendung des Schreibens zugab. Daß in solch krassem Falle noch erst der Justizminister eingreifen mußte, ist doch zum mindesten recht befremdlich. Hoffentlich geht nun das von ihm angeordnete Strafverfahren um so rücksichtsloser seinen Gang.

Merseburg. Die Teuerungsdeputation hat den städtischen Gemüseverkauf im Laden Burgstraße 16 leider bis auf weiteres eingestellt, wahrscheinlich wegen Warenmangels.

Der Stadt ist von der Zentraleinkaufsgenossenschaft ein größerer Posten Schmalz angeboten worden. Der Magistrat ersucht daraufhin die Gewerbetreibenden, die die Abnahme und den Wiederverkauf desselben übernehmen wollen, sich Dienstag im Sitzungszimmer der städtischen Sparkasse zu melden.

— Bei der Arbeit tödlich verunglückt. In einer Grube des Geiseltales verunglückte in voriger Woche ein dort beschäftigter 53jähriger Arbeiter. Er kam beim Transportieren der Kohle zwischen die Puffer zweier Wagen, wodurch ihm der Kopf zerquetscht und das Gehirn freigelegt wurde. Nach wenigen Minuten verstarb der Unglückliche an den erlittenen schweren Verletzungen. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft, die sich mit dem Fall beschäftigte, zur Beisetzung freigegeben.

Schkeuditz. Die Auszahlung der Familienunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Januar 1916 erfolgt am Sonnabend, den 15. Januar, vormittags, und zwar an die Empfänger 1—200 von 8—9 Uhr, 201—400 von 9—10 Uhr, 401—600 von 10—11 Uhr, 601—800 von 11—12 Uhr, 801—1000 von 12—12½ Uhr.

Schraplau. Neue Brot- und Mehlpreise. Für den hiesigen Stadtbezirk sind folgende Preise für Brot und Mehl festgesetzt: 4-Pfund-Brot 60 Pf., 6-Pfund-Brot 90 Pf., 100-Gramm-Brötchen 5 Pf., 1 Pfund-Roggenmehl 19 Pf. 1 Pfund Weizenmehl 22 Pf.

Bitterfeld. Rätselhafter Leichenfund. Am Sonntag abend gegen 6¼ Uhr wurde im großen Teiche in der Nähe des Illigschen Restaurants eine etwa 40jährige Frauensperson aufgefunden, die noch Lebenszeichen von sich gab, jedoch schon bei den Rettungsarbeiten verschied. Der sofort hinzugezogene Polizeiarzt vermochte nur noch den Tod durch Ertrinken festzustellen. Die Personalien der Toten haben sich nicht feststellen lassen, ebenso konnten die näheren Tatumstände, ob Selbstmord oder eine strafbare Handlung vorliegt, noch nicht geklärt werden. Die Verstorbene scheint fremd zu sein. In ihrem Besitze wurden u. a. Rabattmarken einer Erfurter Firma vorgefunden.

— Dem Kollegen den Lohn gestohlen. Einem hier in einer chemischen Fabrik beschäftigten Maurer aus Halle ist am Freitag von seinem Arbeitslohn ein Fünfzigmarkschein gestohlen worden, den er versehentlich auf einem Tische der Baubude liegen gelassen hatte. Bestimmter Verdacht liegt gegen einen Mitarbeiter vor.

— Geräucherter Speck wird abgegeben an Kriegerfamilien und gering bemittelte Einwohner mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 Mark. Der Preis für den Speck beträgt 2 Mk. für das Pfund. Bezugskarten werden gegen Bezahlung des Kaufpreises ausgegeben Mittwoch, den 12. d. M., von 2 bis 6 Uhr nachmittags, im Saale der Schankwirtschaft Hohenzollern, Jeßnitzer Straße 6, und Freitag, den 14. d. M., von 2 bis 6 Uhr nachmittags, in Dörings Konzerthaus, Eingang vom Garten. Steuerzettel oder Unterstützungskarte sind vorzulegen. Der Speck selbst wird in den drei Geschäften: Baumbach, Dessauer Straße 24, Poost, Burgstraße 18, und Brandt, Wiesenstraße 7, abgegeben. Material zum Einwickeln des Specks ist in die Geschäfte mitzubringen.

Holzweißig. Ausbreitung der Grubenanlage. Die Aktiengesellschaft Grube Leopold zu Edderitz, Werk Holzweißig, beabsichtigt, den vom Stockschen Garten über die Wiesen nach Bitterfeld führenden öffentlichen Fußweg, wegen Abbau der unter ihm liegenden Kohle, zu verlegen. Der neue Weg soll von der früher Teutschbeinschen Wiese an, an dem an den Ackerplänen aufgeführten Damm entlang und am Ende des neuen Triftweges auf den Dammwiesenweg, fast im rechten Winkel führen.

Delitzsch. Ein schweres Brandunglück ereignete sich Montag morgen im Hause Angerstraße 6. Das 6jährige Mädchen Gertrud Kuhnert, dessen Vater sich zurzeit in englischer Gefangenschaft befindet, kam während einer kurzen Abwesenheit seiner Mutter mit den Kleidern dem Ofen so nahe, daß diese plötzlich Feuer fingen und dem Kinde gänzlich vom Leibe brannten. Das Kind trug schwere Brandwunden am ganzen Körper davon. Die Kleine erhielt die erste Hilfe im hiesigen Krankenhause, von dort aus wurde sie nach Halle in die Klinik gebracht.

Eilenburg. Ein Soldat als Einbrecher. In einem Nachbardorf ist in der Nacht zum Sonnabend ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Als Täter kommt ein Soldat in Betracht, der auf den Achselklappen die Nr. 36 und Helm ohne Bezug, Koppel ohne Seitengewehr und Schnürschuhe trägt. Er nennt sich Weber oder Wagner.

Pretzsch. Hohe Strafe für Lederdiebstahl. Der viel Aufsehen erregende große Treibriemen-Diebstahl in Pretzsch, über den wir damals berichteten, stand jetzt vor der Wittenberger Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt war der Fleischer Wolniak aus Grabo. Der Wert der aus der Schneidemühle des Zimmermeisters Borchers gestohlenen Treibriemen ist mit 900 M. angegeben. Wolniak will in Not gehandelt haben, was ihm aber von der Strafkammer nicht geglaubt wurde. Er erhielt 2 Jahr Zuchthaus und 3 Jahr Ehrenrechtsverlust.

Torgau. Eisenbahner überfahren und getötet. Am Sonnabend abend wurde auf der Bahnstrecke Torgau—Klitzschen der Bahnarbeiter Hartwig aus Torgau vom Schnellzug erfaßt und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Hartwig hinterläßt eine Witwe und vier Kinder.

Wittenberg. Von der Elbe. Nach den neuen Hochwassermeldungen sind folgende Hochwasserstände zu erwarten: Torgau 4,15 Meter am 11. Januar nachmittags, Wittenberg 4,20 Meter am 12. Januar nachmittags und Roßlau 4,10 Meter am 13. Januar mittags.

— Strafkammer. Die Wirkung des Rückfallparagraphen bekam der Arbeiter Otto Schönrock aus Schönewald in der letzten Strafkammersitzung schwer zu fühlen. Er ist mehrfach vorbestraft und hat, wie er angibt, aus Not eine Joppe gestohlen. Obwohl er geständig, verurteilte ihn die Strafkammer, indem sie seine Behauptung, aus Not gehandelt zu haben, verneinte, zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. — Der Schlosser Schulze aus Seyda hat den Schlossermeister Jahnke in Seyda mehrfach betrogen, indem er bei Ausführung von Reparaturen Bezahlung entgegennahm und mit dem Namen des Sohnes seines Meisters quittierte; auch der Diebstahl einer Taschenuhr wurde ihm nachgewiesen. Er wurde mit 5 Monaten Gefängnis bestraft.

Bockwitz. Rückgang der Geburten und Ehen. Aus den Veröffentlichungen der hiesigen Kirchengemeinde: Bockwitz, Naundorf, Kleinleipisch, Lauchhammer und Grünewalde (ca. 9000 Einwohner) umfassend, geht hervor, daß im Jahre 1915 nur 158 Kinder geboren wurden, gegenüber 221 im Jahre 1914. Ehen wurden 20 geschlossen, gegen 35 im Jahre 1914. Gestorben sind 98 Personen gegen 87 im vorigen Jahre. 101 Mann sind im Kriege gefallen, davon 1915 70.

— Der beleidigte Gemeindevorsteher. Der Tischler T. K. aus Bockwitz war vor dem Schöffengericht Elsterwerda angeklagt, im Oktober v. Js. in der Gastwirtschaft von Schlägel in Bockwitz und im Werksgasthofe Millygrube in bezug auf den Gemeindevorsteher Fleischhauer in Bockwitz beleidigende Aeußerungen getan zu haben. Der Angeklagte ist geständig, doch will ihm die Absicht der Beleidigung ferngelegen haben. Der Amtsanwalt hielt den Angeklagten der Beleidigung für schuldig und beantragte 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis, event.

Auffallend preiswerte Angebote

bringen wir in allen Abteilungen zum Verkauf.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.

349

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160111-16/fragment/page=0003

aber Vertagung und Ladung des Gemeindevorstehers Fleischhauer zum nächsten Termin. Das Gericht beschloß die Vertagung.

Sangerhausen. Ueber Mietbeihilfen für Kriegerfamilien sagt eine Bekanntmachung des Magistrats: Jeder Familie, die von uns eine Familienunterstützung erhält und die zu Weihnachten eine besondere Vergütung von uns nicht erhalten hat, haben wir eine Mietbeihilfe von 4 Mark zugebilligt. Die Beträge werden am Dienstag in unserer Stadtkassenkasse gezahlt. Am genannten Tage bleibt die Kasse für alle übrigen Zahlungen geschlossen.

Apolda. Gerechte Strafe für einen Wucherer. Wegen übermäßiger Preissteigerung hatte sich der Molkereibesitzer Friedrich Beutler aus Zimmern vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er hatte für einen Zentner Quark 48—50 Mk. gefordert. Früher hatte er nur 14—15 Mk. verlangt und auf dem Markte wurden für das Pfund 80 Pf. bezahlt. Der Amtsanwalt beantragte für diese unerhörte Preistreiberei eine Geldstrafe von 600 Mk., außerdem das Urteil in den beiden Jenaer und Apoldaer Tagesblättern durch Abdruck, sowie durch Anschlag am Gemeindebrett bekanntzugeben. Wie das Apoldaer Tageblatt schreibt, erkannte das Gericht auf 500 Mark Geldstrafe und auf die beantragten Veröffentlichungen.

Gewerkschaftliches.

Streikbeschluß der Berliner Militärschneider.

Nachdem die Ablehnung des Schiedsspruches über den neuen Offizieruniformtarif festgestellt war, haben die Arbeiter neue Verhandlungen mit den Unparteiischen beantragt. Es hieß, die Verhandlungen sollten in der ersten Woche des neuen Jahres stattfinden. Dieser Zeitpunkt ist abgelaufen, und noch läßt sich nicht absehen, wann die Verhandlungen aufgenommen werden.

Lebhafter Unwillen über diese Verzögerung und die Ungewißheit des gegenwärtigen Zustandes kamen am Sonnabend in einer stark besuchten Versammlung der Berliner Militärschneider zum Ausdruck, die einstimmig den Streik beschloß, falls nicht bis nächsten Donnerstag die Verhandlungen über die strittige Angelegenheit beendet sind. Wenn das Ergebnis der Verhandlungen vorliegt, soll eine neue Versammlung dazu Stellung nehmen.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Alleriei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

4360

Man sehe die Schaufenster bei Loewendahls

Walhalla-Theater

Anfang 8½ Uhr.

Gastspiel des rheinischen Komikers **Jean Blatzheim** mit eigener Gesellschaft und Ausstattung.

Infanterist Pflaume

Schwank aus der Jetztzeit von Neal und Ferner mit **Jean Blatzheim** als **Tobias Pflaume.**

☞ Größter Lacherfolg! ☜ 4354

Tagesgespräch in Halle ist das **neue Programm** in Varietee und Konzerthaus **3 Könige** Kleine Klausstr. 7, Nähe des Marktes.

4352 Eintritt frei. Eintritt frei.

Neue Kapelle! **Neue Kapelle!**

Ecke Gr. Ulrichstr. **Konzerthaus Oberpollinger,** Jägergasse 1.

Täglich erstklassiges **Künstler-Konzert,** ausgeführt von 8 Damen u. 1 Herrn, unter Leitung der Geigen-Virtuosin Fräulein **Cornell.**

Um regen Zuspruch bittet **Richard Beth-Winter,** zurzeit auf Heimatsurlaub.

Neue Kapelle! 4237

Fortan-Kriegswurst,

hergestellt aus Fortan (Sparfleisch) Fett, Leber und Kartoffel,

jeden Mittwoch und Sonnabend frisch,

à Pfund **1.00** Mark.

Wilhelm Nietsch jun.,

Telephon 1152. Halle a. d. S., Geiststr. 17.

4350

?

Das Rätsel von **Sensenheim.**

Fünf Akte. 4359

Ab Freitag:

Passage-Theater.

Passage-Theater.

Mittwoch u. Donnerstag 4358 **3 Uhr:**

Jugend-Vorstellung.

Schneewittchen

und vieles andere.

Siegreich brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler), Geiststrasse 5. †

☞ **Hasenfelle** ☜ kaufen 4120

Gebr. Danglowitz, Fellhandlung, Fischerplan 2.

Kartons zu **Feldpost-Paketen,** in verschiedenen Größen, sind zu haben in der **Volksbuchhandlung,** Harz 42/44.

Schweinefleisch

Eisbeine ..... à ℔ **1.20** ℳ

Pökelknochen à ℔ **70** ₰

Hausschlachtene Wurstwaren

von prima Landschweinen zu Höchstpreisen verkauft

Artur Holland, Torstr. 43 im Laden **u. Bechershof 6.** 4355

Kriegskarten-Atlas

enthaltend 10 Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze. Handliches Taschenformat. Große Maßstäbe. Vielfarbige Drucke.

Praktische Liebesgabe.

= Preis 1.50 Mark. =

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Rauchen Sie „Bürgermeister von Glaucha"

10 Stück 60 Pfg. ☞ 10 Stück 60 Pfg.

„Bürgermeister von Glaucha" ist eine reguläre 7 Pfennig-Zigarre, die nur durch den Einkauf eines bedeutenden Postens (100 000 Stück) in der 6-Pfennig-Preislage geboten werden kann. Nur zu haben bei †

2. Geschäft: Harz 50 Fernruf 2087 **Paul Leuschner,** Hauptgeschäft: Mittelwache 9/10.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob

Nr. 1

Preis 10 Pf.

Gleichheit

Nr. 8

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung

Harz 42/44.

Achtung, Hausfrauen!

Zahle für wollene Strumpfabfälle **höchste Tagespreise,** sowie Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 4077

Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. 4589 **Zander,** Gr. Klausstraße 12. Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Spiritusbrenner **Kriegslicht** auf jede Lampe passend, 4357 4 Mark.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Vereins-Anzeiger.

An die Vereins-Vorstände!

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt wöchentlich. Jahresbeitrag 5 Mk. pro Zeile.

Da infolge des Kriegszustandes die Veranstaltungen nicht mehr regelmäßig stattfinden, ersuchen wir die Vorstände, uns ☞ sofort ☜ die Veranstaltungen für die nächste Zeit mitzuteilen.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor. Die Sangesbrüder werden ersucht, den Vereins-Anzeiger am Freitag genau zu beachten. Der Vorstand.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag u. 8½ U. i. Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"

Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 16. Januar: Zu die Heide. Treffpunkt: 7½ Uhr früh am Hettstedter Bahnhof.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Sonntag den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zu den 3 Königen, Kleine Klausstraße 7: **General-Versammlung.**

Ammendorf-Radewell.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Sonnabend den 15. Jan. nach Dieskau. Abfahrt: Punkt 8 Uhr von der Eiche.

Merseburg.

Arbeiter-Radfahrer. Sonntag nach dem 15. jeden Monats, nachmittags 4 Uhr, bei Ebeling, Saalstr.: Versammlung.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.** Fernruf 1181.

Mittwoch den 12. Januar 1916 nachmittags 3½ Uhr:

Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen:

Der gestiefelte Kater.

Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von C. A. Görner.

Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 3½ Uhr. Ende vor 6 Uhr.

Abends 7½ Uhr:

☞ 133. Vorstellung. ☜

Mittwoch-Stammkarten gültig.

Die Jüdin.

Große Oper in 5 Aufzügen von F. Halévy.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

4353 Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag den 13. Januar 1916

☞ 134. Vorstellung. ☜

Donnerstag-Stammkarten gültig.

Erst-Aufführung:

Komödie der Worte.

Drei Einakter von A. Schnitzler.

Stunde des Erkennens. Große Szene. Das Bacchusfest.

Volksbildungs-Verein

Freitag, den 14. Januar, abds. 8½ Uhr, im Thaliasaal:

Tonkunst- u. Singspiel-Abend

Mitgl. 15 Pf., Vortragsf., Gäste 50 Pf., Vorverk., u. 60 Pf., Abendk. Ritter-Flügel. [4348

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.

Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter

Mittagstisch

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Soldaten-Kisten mit Eisenbeschlag, 4367 **sehr billig.**

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Nationaler Frauendienst.

Es sind weiter eingegangen:

Büro Burgstr. 45: Frau M. W. Mk. 100, Frau Geh. Rat Stein Mk. 200, Frau Geh. Rat Fickler Mk. 25, Frau Geh. Rat Dorn Mk. 20, Frau Ing. Schlinke Mk. 12, Frau Prof. Wolff Mk. 10, Frau Dr. Gerhard Gräfe Mk. 20, S. M. Weihnachtsgabe Mk. 50, F. St. Mk. 15, Frau M. J. Mk. 6, Namenlos Mk. 10, Ungenannt Mk. 10, Mk. 3, Frau Gertrud Schubring, Erlös von Silhouetten-Postkarten, 6. Rate Mk. 100, Frau Jellinghaus Mk. 100, Fabrikbes. Reichardt Mk. 50, Frau Wiegand Mk. 15, Ein Damenspielkränzchen Mk. 5, Frl. Ziervogel Mk. 20, Frau Stadtrat Fischer für Kinderschuhe Mk. 20, Frau Schwärzeneder für Brot Mk. 2.80, Dr. Hense Mk. 60, Ungenannt Mk. 20, M. B. Mk. 20, Frl. Mitlacher Mk. 3, Frau Martini Mk. 5, für Speisungen Mk. 10, Ein Lehrer Mk. 25, zusammen Mk. 936.80.

Saale-Zeitung und Hallische Allgemeine Zeitung: Ablieferungen aus dem Verkauf von Kriegszeitungen und Spenden Mk. 505.15.

Bank für Handel und Industrie: Prof. Dr. Winterniß Mk. 100.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf u. Co.: Prof. Dr. Krahmer, Sühnegeld in einer Streitsache Mk. 10, Geschw. L. Mk. 20, Frau von Abeleben Mk. 50, B. R. Mk. 300, Frl. Lehner, New York, Mk. 5.75, Frau E. von A. Mk. 50, Hallesche Malzfabrik Mk. 500, Frau E. von A. Mk. 50, Karl Hänert Mk. 2000, San.-Rat Dr. Keil Mk. 150, H. K. Mk. 50, zusammen Mk. 3 185.75.

Städtische Sparkasse: Vom Halleschen Lehrerverein Mk. 500.

Reinhold Steckner: A. Huth u. Co. Mk. 50, Frau A. David, Gartenstraße Mk. 100, Frl. M. Herold Mk. 50, Generaldirektor Schweisgut Mk. 100, Frau Amtsrat Meyer Mk. 100, Bankhaus Reinhold Steckner, 5. Rate Mk. 1000, Professor Dr. Adolf Hafenclever Mk. 50, Frau Ida Steckner Mk. 100, Stats-Klub Freitag, „Bilsner Urquell", Mk. 5.30, Frau Bergrat Siemens Mk. 100, Angehörige der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung Halle (S), 13. Rate, Mk. 300, H. Schnee Nachf. Mk. 50, Drogist Paul Frische (durch Gewerbebank) Mk. 50, Oberstabsarzt Dr. Waldmann Mk. 20, Ungenannt Mk. 1.66, Feldwebel Dr. Karl Wendel, ersparte Löhnung als Gruß aus dem Felde Mk. 50, Fr. Hensel u. Haenert, Akt.-Ges. (durch Oberbürgermeister Dr. Rive) Mk. 5000. Frau Pabst Mk. 500, Frosch Mk. 3, Kupons von Wertpapieren Mk. 17.50, Zucker-Raffinerie Halle Mk. 25 000, zusammen Mk. 32 647.46.

Zusammen Mk. 37 875.16, mit den bisherigen Spenden im ganzen Mk. 228 148.64.

Allen Gebern von Herzen Dank, namens der hilfsbedürftigen Familien unserer Krieger. *4351

Frau Oberbürgermeister Margarete Rive.

Familien-Nachrichten.

Gestern, abends 8 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser liebes Kind, Schwester, Nichte und Enkelin

Else Zander

im fast vollendeten 8. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen aller Hinterbliebenen:

Franz Zander,

4356 zurzeit im Felde,

Minna Zander geb. Hintze, Gr. Gosenstr. 38 I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160111-16/fragment/page=0004

Unterhaltungs-Beilage
des Hallischen Volksblattes.
Halle, 11. Januar. Nummer 8 — 1916.

2]

Michael Kohlhaas.

Historische Erzählung von Heinrich v. Kleist.

Was hast du in der Tronkenburg gemacht? fragte Kohlhaas, da Bisbeth mit ihm in das Zimmer trat. Ich bin nicht eben wohl mit dir zufrieden. — Der Knecht, auf dessen blassem Gesicht sich bei diesen Worten eine Röte fleckig zeigte, schwieg eine Weile; und: da habt ihr recht, Herr! antwortete er; denn einen Schwefelfaden, den ich durch Gottes Fügung bei mir trug, um das Raubnest, aus dem ich verjagt worden war, in Brand zu stecken, warf ich, als ich ein Kind darin jammern hörte, in das Elbwasser, und dachte: mag es Gottes Blitz einäschern; ich will's nicht! — Kohlhaas sagte betroffen: wodurch aber hast du dir die Verjagung aus der Tronkenburg zugezogen? Darauf Herse: durch einen schlechten Streich, Herr; und trocknete sich den Schweiß von der Stirn: Geschehenes ist aber nicht zu ändern. Ich wollte die Pferde nicht auf der Feldarbeit zugrunde richten lassen, und sagte, daß sie noch jung wären und nicht gezogen hätten. — Kohlhaas erwiderte, indem er seine Verwirrung zu verbergen suchte, daß er hierin nicht ganz die Wahrheit gesagt, indem die Pferde schon zu Anfange des verflossenen Frühjahrs ein wenig im Geschirr gewesen wären. Du hättest dich auf der Burg, fuhr er fort, wo du doch eine Art von Gast wareit, schon ein oder etliche Mal, wenn gerade wegen schleuniger Einführung der Ernte Not war, gefällig zeigen können. — Das habe ich auch getan, Herr, sprach Herse. Ich dachte, da sie mir grämliche Gesichter machten, es wird doch die Rappen just nicht kosten. Am dritten Vormittag spannt' ich sie vor, und drei Fuhren Getreide führt' ich ein. Kohlhaas, dem das Herz emporquoll, schlug die Augen zu Boden, und versetzte: davon hat man mir nichts gesagt, Herse! — Herse versicherte ihn, daß es so sei. Meine Ungefälligkeit, sprach er, bestand darin, daß ich die Pferde, als sie zu mittag kaum ausgefressen hatten, nicht wieder ins Joch spannen wollte; und daß ich dem Schloßvogt und dem Verwalter, als sie mir vorschlugen, frei Futter dafür anzunehmen, und das Geld, das ihr mir für Futterkosten zurückgelassen hattet, in den Sack zu stecken, antwortete — ich würde ihnen sonst was tun; mich umkehrte und wegging. —

Um diese Ungefälligkeit aber, sagte Kohlhaas, bist du von der Tronkenburg nicht weggejagt worden. — Behüte Gott, rief der Knecht, um eine gottvergessene Missetat! Denn auf den Abend wurden die Pferde zweier Ritter, welche auf die Tronkenburg kamen, in den Stall geführt, und meine an die Stalltür angebunden. Und da ich dem Schloßvogt, der sie daselbst einquartierte, die Rappen aus der Hand nahm, und fragte, wo die Tiere jetzo bleiben sollten, so zeigte er mir einen Schweinekoben an, der von Latten und Brettern an der Schloßmauer auferbaut war. — Du meinst, unterbrach ihn Kohlhaas, es war ein so schlechtes Behältnis für Pferde, daß es einem Schweinekoben ähnlicher war, als einem Stall. — Es war ein Schweinekoben, Herr, antwortete Herse; wirklich und wahrhaftig ein Schweinekoben, in welchem die Schweine aus- und einliefen, und ich nicht aufrecht stehen konnte. — Vielleicht war sonst kein Unterkommen für die Rappen aufzufinden, versetzte Kohlhaas; die Pferde der Ritter gingen auf eine gewisse Art vor. — Der Platz, erwiderte der Knecht, indem er die Stimme fallen ließ, war eng. Es hauseten jetzt in allem sieben Ritter auf der Burg. Wenn ihr es gewesen wäret, ihr hättet die Pferde ein wenig zusammenrücken lassen. Ich sagte, ich wolle mir im Dorf einen Stall zu mieten suchen; doch der Schloßvogt versetzte, daß er die Pferde unter seinen Augen behalten müsse, und daß ich mich nicht unterstehen solle, sie vom Hofe wegzuführen. — Hm! sagte Kohlhaas. Was gabst du darauf an? — Weil der Verwalter sprach, die beiden Gäste würden bloß übernachten und am andern Morgen weiter reiten, so führte ich die Pferde in den Schweinekoben hinein. Aber der folgende Tag verfloß, ohne daß es geschah; und als der dritte anbrach, hieß es, die Herren würden noch einige Wochen auf der Burg verweilen. — Am Ende war's nicht so schlimm, Herse, im Schweinekoben, sagte Kohlhaas, als es dir, da du zuerst die Nase hineinstecktest, vorkam. — 'S ist wahr, erwiderte jener. Da ich den Ort ein bissel ausfegte, ging's an. Ich gab der Magd einen Groschen, daß sie die Schweine wo anders einstecke. Und den Tag über bewerkstelligte ich auch, daß die Pferde aufrecht stehen konnten, indem ich die Bretter oben, wenn der Morgen dämmerte, von den Latten abnahm, und abends wieder auflegte. Sie guckten nun wie Gänse, aus dem Dach vor, und sahen sich nach Kohlhaasenbrück, oder sonst, wo es besser ist, um. —

Nun denn, fragte Kohlhaas, warum also in aller Welt jagte man dich fort? — Herr, ich sag's euch, versetzte der Knecht, weil man meiner los sein wollte. Weil sie die Pferde, so lange ich dabei war, nicht zugrunde richten konnten. Ueberall schnitten sie mir im Hofe und in der Gesindestube widerwärtige Gesichter; und weil ich dachte, zieht ihr die Mäuler, daß sie verrenken, so brachen sie die Gelegenheit vom Zaune, und warfen mich vom Hof herunter. — Aber die Veranlassung! rief Kohlhaas. Sie werden doch irgend eine Veranlassung gehabt haben! — O allerdings, antwortete Herse, und die allergerechteste. Ich nahm am Abend des zweiten Tages, den ich im Schweinekoben zugebracht, die Pferde, die sich darin doch zugesudelt hatten, und wollte sie zur Schwemme reiten. Und da ich eben unter dem Schloßtore bin, und mich wenden will, hör' ich den Vogt und den Verwalter, mit Knechten, Hunden und Prügeln, aus der Gesindestube hinter mir herstürzen, und: halt, den Spitzbuben! rufen: halt, den Galgenstrick! als ob sie besessen wären. Der Torwächter tritt mir in den Weg; und da ich ihn und den rasenden Haufen, der auf mich anläuft, frage: was auch gibt's? Was es gibt? antwortete der Schloßvogt; und greift meinen beiden Rappen in den Zügel. Wo will er hin mit den Pferden? fragt er, und packt mich an die Brust. Ich sage, wo ich hin will? Himmeldonnerwetter! Zur Schwemme will ich reiten. Denkt er, daß ich —? Zur Schwemme? ruft der Schloßvogt. Ich will dich, Gauner, auf der Heerstraße, nach Kohlhaasenbrück schwimmen lehren! und schmeißt mich mit einem hämischen Mordzug, er und der Verwalter, der mir das Bein gefaßt hat, vom Pferd herunter, daß ich mich, lang wie ich bin, in den Kot messe. Mord! Hagel! ruf' ich. Sielzeug und Decken liegen, und ein Bündel Wäsche von mir, im Stall; doch er und die Knechte, indessen der Verwalter die Pferde wegführt, mit Füßen und Peitschen und Prügeln über mich her, daß ich halbtot hinter dem Schloßtor niedersinke. Und da ich sage: die Raubhunde! Wo führen sie mir die Pferde hin? und mich erhebe: Heraus aus dem Schloßhof! schreit der Vogt, und: hetz, Kaiser! hetz, Jäger! erschallt es, und: hetz, Spitz! Und eine Koppel von Hunden fällt über mich her. Drauf brech' ich, war es eine Latte, ich weiß nicht was, vom Zaune, und drei Hunde streck' ich tot neben mir nieder! Doch da ich, von jämmerlichen Zerfleischungen gequält, weichen muß: Flüt! gellt eine Pfeife; die Hunde in den Hof, die Torflügel zusammen, der Riegel vor: und auf der Straße ohnmächtig sink' ich nieder. —

Kohlhaas sagte, bleich im Gesicht, mit erzwungener Schelmerei: Hast du auch nicht entweichen wollen, Herse? Und da dieser, mit dunkler Röte, vor sich niedersah: Gesteh' mir's, sagte er; es gefiel dir im Schweinekoben nicht; du dachtest, im Stall zu Kohlhaasenbrück ist's doch besser. — Himmelschlag! rief Herse: Sielzeug und Decken ließ ich ja, und einen Bündel Wäsche, im Schweinekoben zurück. Würd' ich drei Reichsgülden nicht zu mir gesteckt haben, die ich im rotseidnen Halstuch hinter der Krippe versteckt hatte? Blitz, Höll' und Teufel! Wenn Ihr so sprecht, so möcht' ich nur gleich den Schwefelfaden, den ich wegwarf, wieder anzünden! Nun, nun! sagte der Roßhändler; es war eben nicht böse gemeint! Was du gesagt hast, schau, Wort für Wort, ich glaub es dir; und das Abendmahl, wenn es zur Sprache kommt, will ich selbst nun darauf nehmen. Es tut mir leid, daß es dir in meinen Diensten nicht besser ergangen ist; geh, Herse, geh zu Bett, laß dir eine Flasche Wein geben und tröste dich; dir soll Gerechtigkeit widerfahren! Und damit stand er auf, fertigte ein Verzeichnis der Sachen an, die der Großknecht im Schweinekoben zurückgelassen; spezifizierte den Wert derselben, fragte ihn auch, wie hoch er die Kurkosten anschlage; und ließ ihn, nachdem er ihm noch einmal die Hand gereicht, abtreten.

(Forts. folgt.)

Joe Hillstrom.

Das furchtbare Weltdrama, bei dem das Schicksal Europas den gewaltigen Hintergrund darstellt, das Millionen und Millionen Menschen in den Tod und zehnmillionenweise Männer, Frauen und Kinder in Not, Elend und Verzweiflung stürzt, läßt Einzelschicksale, deren Drama sich außerhalb des Weltdramas abspielen, wenig Beachtung finden, selbst wenn diese Einzelschicksale in engster Verbindung mit dem proletarischen Befreiungskampfe stehen.

Am 19. November wurde in Salt Lake City im Staate Utah ein Arbeiter und Arbeiterdichter erschossen, nachdem er von den Gerichten des Staates wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war. Er starb mit den Worten: „Ich sterbe mit reinem Gewissen. Ich habe niemals in meinem Leben etwas Unrechtes getan. Ich sterbe nicht wie ein Feigling, sondern gehe kämpfend in den Tod."

Joseph Hillstrom, ein Schwede von Geburt, war Arbeiter, zahlreiche Dichtungen verkündeten das Evangelium des Sozialismus, eiferten an und begeisterten seine Klassengenossen zum Kampfe um ihre Freiheit, um das Recht und eine neue soziale Ordnung. Er war noch mehr; er war ein hingebender Agitator der International Workers of the World (J. W. W.) Und das wurde sein Schicksal. Als er angeklagt wurde des Mordes, saßen über ihn zu Gericht die Grubenherren und sonstige Unternehmer des Staates Utah, denen Hillstrom und die Hillstrom in Todfeindschaft gegenüberstanden. Wessen war dieser Mann der Arbeit angeklagt?

Vor zwei Jahren wurden in Salt Lake City der Spezereihändler Morrison und dessen siebzehnjähriger Sohn ermordet aufgefunden. Am Abend des Tages, an dem das Verbrechen stattfand, erschien bei einem Arzt in einer anderen Gegend der Stadt Joseph Hillstrom — allgemein Joe Hill genannt — mit einer schweren Schußwunde. Er erklärte, daß er im Hause einer Frau geschossen worden sei. Diese Darstellung hielt er während der ganzen Gerichtsverhandlung und bis zum Schluß seines Lebens aufrecht. Ebenso beharrlich lehnte er es aber bis an sein Ende ab, den Namen der Frau zu nennen. Die Darstellung seiner Verwundung wurde Hillstrom nicht geglaubt. Seine Verwundung wurde vielmehr in Verbindung mit dem Morde an Morrison und dessen Sohn gebracht und Hillstrom zum Tode verurteilt.

Länger als ein Jahr wartete Hillstrom, bemüht, einen neuen Prozeß zu erhalten, in dem ihm Recht werde, auf die Vollstreckung des Todesurteils. Als jede Aussicht auf eine Revision des Prozesses verloren war, verwendeten sich zahlreiche Personen und Korporationen für Joe um eine Begnadigung für ihn von dem Gouverneur von Utah, namens Spry, zu erlangen. Die schwedische Sozialdemokratie trat für Hillstrom ein, der schwedische Gesandte verwandte sich für ihn, die J. W. W. forderte die Begnadigung und einen neuen Prozeß, die American Federation of Labor nahm auf ihrem Kongreß im November zu San Franzisko eine Resolution an, die den Gouverneur von Utah ersuchte, Hillstrom einen neuen Prozeß zu bewilligen, da der erste Prozeß ein höchst ungerechter gewesen sei. Ja, in letzter Stunde wandte sich der Präsident Wilson an den Gouverneur mit der Bitte um einen Aufschub der Hinrichtung.

Alles war vergebens. Alle Bitten: Bitten von Frauen, Bitten von Hunderten von Schweden, Bitten von Korporationen ja, die rührende Bitte von Kindern der Forer Madern Sundah School:

„150 Kinder der unterzeichneten Schule bitten inständigst, Ihren Einfluß geltend zu machen, unseren Freund Joe Hillstrom vor seiner Exekution zu bewahren, welche am Freitag, den 19. November, in Salt Lake City stattfinden soll. Wir sind sicher, daß ein Mann, der die herrliche Poesie, welche wir deklamieren, sowie die schönen Lieder, welche wir singen, geschrieben hat, kein Mörder sein kann und nur wegen seiner politischen Ansichten verfolgt ist. Bitte, begnadigen Sie ihn oder wenigstens gewähren Sie ihm einen neuen unparteiischen Prozeß, und Sie werden sehen, daß wir recht haben. Der herzlichste Dank der Kinder im voraus."

— nichts konnte Hillstrom retten. Der Gouverneur Spry erklärte, daß die International Workers aus dem Staate Utah getrieben werden müssen und er dies tun werde, wenn die Polizei es nicht tun will. Ein Mittel dazu war ihm die Brandmarkung und Hinrichtung Joe Hillstroms als Mörder. In dem Arbeiter, dem Dichter und Agitator der International Workers wollte man diese Arbeiterorganisationen treffen. So mußte Hillstrom sterben. Und er starb als Mann!

Als ihn der Arzt vor der Hinrichtung fragte, ob er nicht ein alkoholisches Getränk zu sich nehmen wolle, antwortete Hillstrom, er sei sein ganzes Leben ohne alkoholische Getränke ausgekommen und werde auch im Tode ohne solche auskommen. Er wurde dann hinausgeführt, auf den Totenstuhl festgebunden, gegenüber der Türe einer Schmiede, in die man die Schießlöcher für die fünf Scharfschützen gemacht hatte, die das Henkeramt übernommen hatten. Nachdem er die erwähnte Beteuerung seiner Unschuld abgegeben, kommandierte er selbst „Feuer!" Eine Sekunde darauf hatte er ausgelitten.

„Trauert nicht und weinet nicht um mich," schrieb er kurz vor dem Tode, „Moos legt sich nicht an den rollenden Stein. Wenn ich darüber zu entscheiden hätte, so würde ich bestimmen, daß meine Leiche zu Asche verwandelt werde. Möge der Wind den Staub dahin tragen, wo die Blumen blühen; vielleicht wird eine verwelkende Blume dadurch zu neuem Leben kommen. Dies ist mein letzter Wille. Allen wünsche ich viel Glück.
Joe Hill."

An den bekannten Genossen Haywood telegraphierte er:

„Lebe wohl, Bill. Wie ein echter Rebell will ich sterben. Verliert keine Zeit mit dem Trauern — organisiert."

Und einer Freundin sandte er die letzten Lieder:

„Habe einige neue Lieder mit Musik komponiert, die der Friedenstaube gewidmet sind. Sie sind unterwegs. Und nun leb wohl, liebe Elisabeth. Ich habe wie ein Rebell gelebt. Wie ein Rebell will ich sterben."

So waren die letzten Gedanken Joseph Hillstroms bei denen allen, die der Welt den Frieden bringen wollen. In den letzten Stunden seines Lebens fühlte er sich solidarisch mit denen, die der Friedenswunsch zu Menschen stempelt.

Der Toten sind jetzt so viele, die dahingerafft werden, so viele sind es, derer wir gedenken müssen. Gedenken wir auch des Gefallenen, der sein Leben gab im großen Befreiungskampfe des Proletariats. Schreiben wir uns in das Herz sein Wort: „Organisiert!" Organisiert den Befreiungskampf der internationalen Arbeiterschaft. Sein Sieg allein gewährleistet den Frieden und die Gerechtigkeit, die diese Welt nicht kennt, weshalb die Massenopfer fallen und die Einzelopfer.

Die Toten rufen uns das lebendige Wort zu. Hören wir es:
„Organisiert zum Kampfe für den Sozialismus!"

Kleines Feuilleton.

Der Kreislauf des Wassers.

Von der Schule her wissen wir alle, daß das Wasser auf der Erde einen beständigen Kreislauf durchmacht. Es steigt als Wasserdampf vom feuchten Boden und hauptsächlich vom Meere auf und sammelt sich in der Luft zu Wolken an. Diese werden vom Winde über die Länder getragen und setzen hier ihre Feuchtigkeit, vor allem bei der Berührung mit den Bergen, als Regen, Schnee, Graupeln oder Tau ab. Das niedergeschlagene Wasser dringt in die Erde ein, um dann an einzelnen Stellen als Quellen wieder zum Vorschein zu kommen. Die Quellen sammeln sich zu Bächen, diese zu Flüssen und schließlich zu Strömen an, die das Wasser ins Meer tragen, von wo es seinen ewigen Kreislauf wieder aufnimmt.

Wie Fauth im Weltall ausführt, ist indessen diese Vorstellung vom Kreislauf des Wassers keine ganz richtige. Wenigstens geht bei diesem Kreislauf ständig ein Teil des Wassers verloren, das in so große Tiefen versickert, daß es nicht wieder in Quellform zum Vorschein kommt. Ein Beweis dafür ist die Bergfeuchtigkeit des Gesteins auch in den größten Tiefen. Auch im Meere, auf dessen Boden ein Druck von 100 bis 1000 Atmosphären herrscht, muß die Durchdringung der Erdschichten unaufhaltsam vor sich gehen. Ferner geht Wasser bei den Kristallisationsvorgängen verloren, bei denen es chemisch gebunden wird. In vulkanischen Gegenden endlich wird Wasser noch dadurch vernichtet, daß es mit dem heißen inneren Magma in Berührung kommt und hier in seine Bestandteile, Wasserstoff und Sauerstoff, zerlegt wird. Bei Ausbrüchen des Kraters wird dann der Wasserstoff viele Kilometer hochgeschleudert und bleibt wegen seiner Leichtigkeit in den höchsten Schichten der Atmosphäre schweben.

Da die Ozeane trotz ihrer Gewaltigkeit im Verhältnis zur Erdmasse doch nur eine dünne Schicht darstellen, so müßte, nach Fauth, die Erde schon längst ausgetrocknet sein, wenn der Wasservorrat nicht ständig neu ergänzt würde. Und zwar vermutet Fauth, daß diese Quelle kosmischen Ursprungs sei, daß also die Erde aus den Tiefen des Weltenraums, vor allem von der Sonne Wasser zuströme. Einen Beweis dafür sieht er in den katastrophalen Niedergängen, die von der Stärke der Sonnenflecken abzuhängen scheinen und die mit der Sonne von Norden nach Süden wandern. Desselben Ursprungs sind die hochschwebenden leuchtenden Nachtwolken, die aus feinen Eiskristallen bestehen. Auch aus anderen Teilen des Weltraumes stammende Eiswolken kommen manchmal in den Bereich der Anziehungskraft der Erde und gelangen dann in unsere Atmosphäre, wo sie plötzlichen Wirbelsturm, Wettersturz, Hagel usw. verursachen.

Soweit die Fauthsche Theorie. Die Annahme scheint doch recht gewagt, daß Wasser, sei es auch in Form von Eiswolken, den leeren Weltenraum durchkreuzt. Bei dem Fehlen jedes atmosphärischen Druckes müßte es sich ja längst in absolut gasförmigen Zustand verflüchtet haben. Um die noch nicht eingetretene Austrocknung der Erde zu erklären, genügt die Tatsache, daß die Erde sich allmählich immer mehr abplattet, indem die hohen Berge verwittern, abbröckeln und auch sonst Erde von den Flüssen ständig ins Meer getragen wird. Diese Nivellierung der Erdoberfläche müßte sogar eine allmähliche Ueberschwemung der ganzen Erde zur Folge haben, wenn eben nicht andererseits der Wasservorrat der Erde sich ständig verkleinerte. So hebt die eine Wirkung die andere etwa auf.

Ein versunkener Eichenwald.

Beim Ausheben eines Entwässerungsgrabens in Lauenförde im Kreise Uslar wurden durch die dabei beschäftigten Arbeiter etwa anderthalb Meter unter der Erdoberfläche unter einer starken Tonschicht eichene Stämme in einer einen halben Meter starken Schicht Moorboden aufgefunden. Wie die Zeitschrift Hannoverland berichtet, stellte sich bei näherer Prüfung heraus, daß es sich dabei um einen vor langer Zeit versunkenen Eichenbestand handelte, der sich in der schützenden Moorschicht ziemlich gut erhalten hatte. Die Blätter, kleinen Zweige und sogar Insekten, die einmal vor unabsehbarer Zeit im Wipfel der versunkenen Bäume gerastet haben, sind noch deutlich zu erkennen. Die bekannten „ältesten Leute" der Gegend wollen wissen, daß ihre Urahnen erzählt hätten, an der betreffenden Stelle habe ein großer Eichenwald gestanden. Wichtiger ist die Tatsache, daß das Holz der versunkenen Stämme, wenn es auch eine schwarze Farbe angenommen hat, noch ganz gesund ist.

Schwert und Buch.

In einem Winkel hing ein Degen lang und schwer,
Bedeckt' mit Staub und Rost von Tag zu Tag
Sich mehr und mehr.
Zum Buche, das in seiner Nähe lag,
Begann er einst: „Wie hass' ich diese Ruh',
In der hier tatlos meine Kraft verschmachtet!
Auf dich, Plebejer, geht man freundlich zu
Ich liege hier verlassen und verachtet;
Und dennoch bin ich nützlicher als du.
Ich dringe stark zum Ziele wie ein Held.
Vor mir erzittert alle Welt.
O könnt' ich mich von kühlen Mauern heben
Und herrlich, wie voreinst, von Blut und Schlachten leben!"
„Des Schwertes Zeit ist um — so sprach zu ihm das Buch —
Drum, edler Ritter, wollt dem tapfern Herzen wehren;
Das Faustrecht kann jetzt niemand mehr bekehren.
Ihr seht nur Feinde, wo Ihr geht und steht,
Und hinter Euch zieht Rache, Haß und Fluch,
Indes aus meinem Mund das Wort des Friedens geht.
Erhebt Ihr Euch zu blutigen Verheeren,
Will ich die Menschheit bessern und belehren.
Behaltet Euren Rost und lasset ab vom Kriege,
Denn ohne Blut erkämpf' ich größre Siege. —
Du hast den schweren Grund mit Graben und mit Roden,
Ein wackrer Pflüger, wohl gewendet;
Ich bin als Sämann ausgesendet,
Und streu des Wortes Korn in den gefurchten Boden.
Mit goldnen Aehren will ich alle Stirnen säumen,
Mir laß die Zukunft, du — magst auf dem Lorbeer träumen!"

Ludwig Pfau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160111-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Januar 1915.

Stadtverordnetenversammlung.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten nach Neujahr brachte einleitend die Einführung und Verpflichtung der neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten. Die Herren wurden von Oberbürgermeister durch Handschlag verpflichtet und durch Ansprachen des Vorsteherstellvertreters Föhring und des Oberbürgermeisters in die Versammlung eingeführt.

Es folgte die Wahl des Bureaus der Versammlung. Die Wahl zum Vorsteher fiel auf den Landtagsabgeordneten Justizrat Dr. Keil. Es wurden 48 Stimmzettel abgegeben, davon waren vier weiß, also ungültig; von den übrigen lauteten 27 auf Keil, 17 auf Herzau. Justizrat Keil nahm mit Dankesworten die Wahl an und versicherte dabei, daß er die Verhandlungen der Versammlung unparteiisch und wie es ihrer Würde entspricht, leiten werde. Im übrigen wurden Vorsteherstellvertreter Föhring, Schriftführer Borchert und Schriftführerstellvertreter Pfautsch wiedergewählt, und zwar ziemlich einstimmig. In die Kommission, die die Besetzung der Stadtverordnetenausschüsse vorbereiten soll, wurden außer dem Bureau die Stadtvv. Blumentritt, Borges und Stockner gewählt. Die Kommission wird in der nächsten Sitzung ihre Vorschläge machen.

Der einzige sachlich wichtige Punkt der Tagesordnung kam nun in dem Antrage auf Bewilligung von

94 100 Mark für die Ostpreußenhilfe

zur Verhandlung. Stadtverordneter Hoß begründete die Vorlage, über die wir am Sonnabend ausführlich berichteten und zu der wir auch unsere grundsätzliche Stellungnahme schon klargelegt haben. Die Summe von 94 100 Mk. Eintrittsgeld für den Verein Ostpreußenhilfe zur Hebung der Kriegsnot im Kreise Johannisburg soll in zwei Hälften aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkasse für die Jahre 1914 und 1915 genommen werden, der Jahresbetrag von 300 Mk. aus den laufenden städtischen Mitteln. Die Vorlage, die zwei Haushaltsausschußsitzungen in lebhafter, teilweise heftigster Weise beschäftigte, führte gestern in der Versammlung nicht mehr zu einer Auseinandersetzung. Sie wurde gegen eine geringe bürgerliche Minderheit genehmigt.

Weiter wurde der Hilfsstelle des Roten Kreuzes in Herbesthal bei Aachen in Berücksichtigung des Umstandes, daß sie die Erfrischung einer ganz ungewöhnlich großen Zahl von Kriegern aus allen Teilen des Reiches besorgt, eine Zuwendung von 300 Mk. aus dem Kriegsfonds bewilligt.

Einige vom Magistrat vorgelegte Stiftungs-Haushaltspläne wurden debattelos genehmigt.

Dampf- oder Warmwasserheizung für die Schulen.

Bis jetzt sind in den hiesigen Schulen nur Niederdruckdampfheizungen eingebaut worden und auch die alten nicht mehr brauchbaren Heizungseinrichtungen sind in den letzten Jahren durch Niederdruckdampfheizungen ersetzt worden.

Nun ist in der Entwicklung der Heizungsarten und ihrer Vervollkommnung zweifellos eine Zeitlang die Dampfheizung in der Form der Niederdruckdampfheizung den vorher üblichen anderen Arten (Luftheizung, Hochdruckdampfheizung, Heißwasserheizung und ähnl. mehr) überlegen gewesen. Seit einer Reihe von Jahren jedoch ist man in Fachkreisen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Warmwasserheizung unbedingt den Vorzug verdient aus folgenden Gründen:

1. Bei der Dampfheizung ist der Dampf der Wärmeträger, er ist stets mindestens 100 Grad warm; Wärme wird erst abgegeben, wenn nach einer bestimmten Anheizdauer Dampf entwickelt wird. Die Wärmeabgabe hört auf, wenn kein Dampf mehr entwickelt wird; die Menge des dann noch vorhandenen heißen Kondenswassers ist sehr gering und befindet sich in den untersten Teilen der Kondensleitungen und den Kesseln, ist also für die Heizung verloren. Bis zum Wiederanheizen ist das Wasser vollständig erkaltet; auch die zu heizenden Räume sind stark abgekühlt. Bei der großen Wärme der Heizkörper, etwa 102 Grad, ergibt sich eine teilweise unangenehme strahlende Wärme und ferner eine unvollständige Verbrennung kleiner Staubteilchen auf und über den Heizkörpern. Letztere Erscheinung ist der wahre Grund der Klagen über die sogenannte trockene Luft bei Dampfheizungen. Die Kondensleitungen sind oft schadhaft, viel sie leicht durchrosten. Bei Dampfheizungen sind die Geräusche nicht ganz zu vermeiden, selbst wenn die sog. Dampfstauer eingebaut werden. Ein Vorteil der Dampfheizung sind die verhältnismäßig geringen Anlagekosten.

2. Bei der Warmwasserheizung ist das Wasser der Wärmeträger, die sämtlichen Leitungen und Heizkörper sind stets mit Wasser gefüllt, die Wasserwärme ist also sehr groß und dementsprechend auch das Wärmeverhaltungsvermögen. Der Unterschied zwischen Dampf- und Wasserheizung läßt sich etwa vergleichen mit demjenigen zwischen einem eisernen und einem Dor-(Kachel-)Ofen. Daraus ergibt sich: Beim Anheizen gibt das Wasser Wärme ab sobald es wärmer wird als die Raumluft, also mit 30—40 Grad. Nachdem das Feuer ausgegangen, gibt das Wasser ebenfalls noch solange Wärme ab, bis es wieder unter den genannten Wärmegrad herabgesunken ist, was vermöge seiner großen Masse nur langsam eintritt. Das Wasser, sowie die Räume kühlen über Nacht nur wenig ab, und hierin liegt zum Teil der Grund, daß bei der Warmwasserheizung an Kohlen gespart wird. Gespart wird aber auch deshalb, weil in Uebergangszeiten das Wasser nur wenig angewärmt werden muß im Gegensatz zur Dampfheizung. Hieraus geht wieder hervor, daß schon im Kesselhaus eine einheitliche Regelung der Heizung möglich ist. Störende Geräusche in der Leitung, Kondenswasserschläge, „trockene Luft" in den Räumen, Ueberheizung, fallen fort. Das oft befürchtete Einfrieren der Leitungen tritt so gut wie nie ein, weil das Wasser über Nacht nicht soviel abkühlt. Ausdehnungsgefäße und besonders der Kälte ausgesetzte Leitungen werden geschützt. — Den großen Vorteilen der Warmwasserheizung stehen als einziger Nachteil die hohen Anlagekosten gegenüber, die jedoch durch Kohlenersparnis allein schon verzinst werden.

Aus diesen Gründen hat der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Schulbaudeputation beschlossen, bei der im Bau befindlichen Schule an der Schloßerstraße mit der Einführung der Warmwasserheizungen auch für Schulen (in andern Gebäuden sind sie bereits eingebaut) zu beginnen. Die Mehrkosten werden nach dem vorgelegten Kostenüberschlage 12 000 Mark betragen. — Die Stadtverordnetenversammlung gab grundsätzlich ihre Zustimmung und bewilligte die 12 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds.

Ueber die **Förderung des kleingewerblichen Kredits** war in einem Vertrage mit der Gewerbebank vom 11. November 1914 abgemacht worden, daß nach Beendigung des Krieges, spätestens aber vom 1. März 1916 ab, Darlehen nicht mehr gewährt und Verlängerungen der Darlehen und Wechsel von der Gewerbebank nur mit der Zustimmung der eingesetzten Kommissionen bewilligt werden. Die bei Abschluß des Vertrages nicht vorherzusehende Fortdauer des Krieges und das gerade in der ersten Zeit nach Friedensschluß zu erwartende Kreditbedürfnis lassen die Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Frist bis auf ein Jahr nach Friedensschluß geboten erscheinen. Der Magistrat hat daher in Uebereinstimmung mit der Kriegskreditkommission des kleingewerblichen Mittelstandes beschlossen, daß die Verträge und Einrichtungen der Kriegskreditkommission bis ein Jahr nach Friedensschluß bestehen bleiben. Die Stadtverordneten-Versammlung gab ihre Zustimmung dazu.

Der Kampf um die Höchstpreise

Darf Bringerlohn gefordert werden?

Ist der Kartoffelhändler berechtigt, auf den Höchstpreis von 3,85 Mk. für den Zentner noch einen Zuschlag für Ausrollen und Abladen zu erheben, wenn er die Kartoffeln dem Käufer ins Haus liefert? Mit dieser für die breite Oeffentlichkeit höchst wichtigen Frage hatte sich das Halische Schöffengericht eingehend zu beschäftigen.

Wegen Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreise in zwei Fällen hatte sich der Kartoffelhändler Niemann aus Diemitz zu verantworten. Er hatte an einen Beamten neun Zentner Kartoffeln verkauft. Dieser Kauf war durch eine Zeitungsanzeige zustande gekommen. Als N. die Kartoffeln abgeladen hatte, verlangte er außer dem Höchstpreise noch 30 Pf. Bringerlohn für den Zentner. Da jedoch an den vorhergehenden Tagen in der Tagespresse ausdrücklich dafür gewarnt worden war, mehr als den Höchstpreis von 3,85 Mk. zu zahlen, widrigenfalls sich auch der Käufer strafbar mache, verweigerte der Beamte das Zahlen des Bringerlohnes und erkundigte sich bei der Polizei. Die Polizei erklärte ihm, daß er recht gehandelt habe. Er sei nicht verpflichtet, Bringerlohn außer dem Höchstpreise zu zahlen. Letzterer umfasse alles. In einem anderen Falle lag es ähnlich. Hier war eine Frau die Käuferin. Diese wurde von der Polizei gewarnt, den Bringerlohn zu zahlen, da das ungesetzlich sei. In beiden Fällen erhielt N. seinen Bringerlohn nicht.

Der Angeklagte und sein Verteidiger gehen diesen Tatbestand zu und die beiden als Zeugen vernommenen Käufer erklärten, daß sie früher nie Bringerlohn gegeben haben. Im Kaufpreise sei stets der Bringerlohn mit eingeschlossen gewesen. Sie hätten auch angenommen, daß der Höchstpreis frei Haus zu verstehen wäre, wie das auch der Standpunkt der Polizei sei. — Das ist ja auch der Standpunkt der gesamten laufenden Bekanntmachungen, die in einem Fordern des Bringerlohnes eine Verschleierung des Höchstpreises sieht. — Allgemeines Aufsehen erregte dann die Mitteilung eines Schöffen, der Rektor ist. Dieser führte aus, daß, wenn die hiesige Polizeiverwaltung auf dem Standpunkte stehe, das Fordern von Bringerlohn sei ungesetzlich, dann verstehe er nicht, daß die städtische Schulverwaltung selbst 30 Pf. Bringerlohn für den Zentner bewillige. Seine Schule brauche für den Kochunterricht eine größere Menge Kartoffeln. Die Stadt habe einen Vertrag mit dem Kartoffelhändler Erbe geschlossen, der die Kartoffeln für 3,85 Mk. liefere und außerdem noch 30 Pf. für den Zentner Bringerlohn erhalte!

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten trotzdem für schuldig und beantragte eine Geldstrafe von 20 Mk.

Der Verteidiger führte aus, daß die Höchstpreisverordnung für den Kartoffelverkauf eine flüchtige Arbeit sei, die nicht genügend klar sei. Es müsse jedoch festgestellt werden, daß regierungsseits die Preise ab Lager und nicht frei Haus verstanden würden. Eine Stadt habe deshalb schon einen Bringerlohnzuschlag festgesetzt. Unter diesen Umständen müsse N. freigesprochen werden, da er berechtigt sei, Bringerlohn zu nehmen.

Das Gericht kam nach eingehender Beratung zu einer Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht stellte sich prinzipiell auf den Standpunkt, daß Höchstpreise für Kartoffeln ab Lager zu verstehen seien. Sonst stände der Händler besser, der die Kartoffeln im Laden verkaufe und keine Arbeit damit hätte. Es könne sich nur darum handeln, ob der Angeklagte einen Bringerlohn verlangt habe, der über Gebühr hoch gewesen sei und so eine Verschleierung des Höchstpreises darstelle. Das müsse verneint werden, denn von Diemitz bis nach Halle sei 30 Pf. nicht zuviel Bringerlohn.

Diese Entscheidung dürfte berechtigtes Aufsehen erregen. Wahrscheinlich dürfte damit noch nicht das letzte Wort gesprochen worden sein, da wohl Berufung eingelegt wird. Und da höchste Regierung, Magistrat und Preisprüfungsstellen einmütig stets erklärt haben, daß kein Bringerlohn genommen werden darf, so wird hoffentlich das hiesige Urteil noch anders ausfallen.

Das Reichsgericht und die lokalen Höchstpreise.

Große Aufregung verursachte eine in der letzten Zeit durch die Presse gehende Mitteilung aus Hannover, wonach das Reichsgericht entschieden haben sollte, daß die Gemeinden nur Höchstpreise für örtliche Produkte festsetzen dürften. Diese Nachricht ist vollständig falsch. Das Reichsgerichtsurteil, um das es sich handelt, ist am 6. Juli 1915 gefällt worden. Eine Wurstbänderin in Hannover war verurteilt worden, weil sie die vom Magistrat in Hannover festgesetzten Höchstpreise für Wurst beim Verkaufe von Braunschweiger Mett- und Leberwurst überschritten hatte. Sie hatte eingewandt, sie habe geglaubt, die Höchstpreisfestsetzung gelte nicht für Spezialitäten. Das Landgericht hat hierin einen unbeachtlichen Rechtsirrtum erblickt. Das Reichsgericht dagegen war der Meinung, daß es sich um einen tatsächlichen Irrtum handle, der unter Umständen die Angeklagte strafrei machen könne. Da nicht geprüft war, ob die Angeklagte durch Fahrlässigkeit zu ihrem Glauben gekommen war, hob das Reichsgericht damals das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Hannover zurück. Dieses hat nun im Dezember v. Js. die Angeklagte freigesprochen. Warum dies geschehen ist, kann aus dem jetzt durch die Presse gehenden Berichte nicht entnommen werden, soviel steht aber fest, daß die Freisprechung nicht erfolgt ist, weil das Reichsgericht den oben erwähnten grundsätzlichen Ausspruch getan haben soll. In dem Wortlaute der reichsgerichtlichen Entscheidung ist auch nicht mit einem Worte von dergleichen Dingen die Rede. Nach Lage der Sache ist also anzunehmen, daß die Angeklagte nunmehr freigesprochen worden ist, weil das Landgericht angenommen hat, daß sie sich über die Bedeutung der Höchstpreisfestsetzung im Irrtum befunden hat und ohne Fahrlässigkeit zu diesem Irrtum gelangt ist.

Regelung des Güterverkehrs

Aehnlich wie wir am Sonnabend bereits an der Spitze des Provinzteils berichteten, heißt es jetzt auch in den Mitteilungen des Landwirtschaftsministeriums über die Beförderung von Kunstdünger: Die Bestellungen und Verladungen von Kunstdünger sollten im Monat Januar in möglichst großem Umfang erfolgen, da die verfügbaren Eisenbahnwagen von Anfang Februar an wieder durch andere dringlichere Sendungen stark in Anspruch genommen werden. — Bei der allgemeinen und wiederholten Verbreitung dieser Meldung kommt dieser Verkehrsmaßnahme sicher besondere Bedeutung zu.

* **Die Besichtigung des Hallenschwimmbades**, die der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet, findet statt am kommenden Sonntag, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr. Bei dem hohen Interesse, das auch die Arbeiterschaft der mustergültigen neuen Anlage entgegenbringt, ist eine sehr starke Beteiligung zu erwarten. Da der räumlichen Ausdehnung der Anlage wegen höchstens 200 Personen zugelassen werden können, ist die Beteiligung nur gegen Eintrittskarten gestattet, welche gegen Vorzeigung der Mitgliedbücher der Partei oder Gewerkschaft im Arbeitersekretariat (Harz 12/44, Zimmer 6) in der Zeit von 11 bis 1 Uhr oder 5 bis 8 Uhr zu haben sind, soweit der Vorrat für die erste Besichtigung reicht.

* **Stadttheater.** Infolge vieler, an die Leitung des Stadttheaters gerichteter Anfragen machen wir hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß das Weihnachtsmärchen: Der gestiefelte Kater in dieser Woche am Mittwoch und Sonnabend nachmittag zur Aufführung kommt. Schnitzlers neuestes Werk: Komödie der Worte hat bei allen bisherigen Aufführungen in Berlin, Wien, Leipzig, München, Hamburg und wo es auch überall angenommen wurde, einen großen und nachhaltigen Erfolg erzielt. Die drei Einakter, die alle das Problem der ehelichen Treue erörtern, sind geradezu meisterhaft durchgeführt. Hervorzuheben ist besonders die Anmut des Dialogs und die außerordentliche Kraft der Menschenzeichnung. Es ist mit einem Wort ein echter Schnitzler geworden und der Erstaufführung dieses Werkes jedenfalls mit großem Interesse entgegenzusehen. In den weiblichen Hauptrollen sind Frau von Durand, Fräulein Landar und Fräulein Mund beschäftigt, während die männliche Hauptrolle der drei Einakter Herr Rebkach durchführt. Die Oper bereitet als nächste Neueinstudierung Figaros Hochzeit vor.

* **Tödlicher Unfall.** Ein mit der Bahn von Nebra nach hier beförderter Schlosser, der einen Betriebsunfall erlitten hatte und der hiesigen Klinik zugeführt werden sollte, war während der Bahnfahrt verstorben. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof gebracht.

* **Von der Straße.** An der Ecke Kleinschmieden und Nikolaistraße stürzte ein vor ein Gastfuhrwerk gespanntes Pferd. Da sich das Tier allein nicht erheben vermochte, wurde es durch die herbeigerufene Feuerwehr wieder auf die Beine gebracht. Die Straßenbahn erlitt durch den Vorfall eine Betriebsstörung von 20 Minuten. — Auf dem Marktplatz riß der Verbindungsdraht der Oberleitung der Straßenbahn. Eine Verkehrsstörung trat nicht ein, auch wurde niemand verletzt.

* **Eigentümer gesucht.** Am 4. Januar d. J. ist in den Promenaden-Anlagen in der Nähe der Scharrenstraße ein Paket, das Pflanzenfasern, aus denen Stricke gedreht werden, wie sie die Gärtner zum Anbinden der Bäume gebrauchen, gefunden worden. Die Umhüllung besteht aus einer geflochtenen Bastdecke, die mit einem Strick umschnürt ist. An dem Paket befindet sich ein Etikett mit der Aufschrift „am 27. 12. 15 vom Hamburger Hauptbahnhof nach Halle D X 16". Da das Paket aus einem Diebstahle herzurühren scheint, wird der Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 6, Zimmer 20 oder 40, zu melden.

Allerlei.

Eine furchtbare Explosion

hat sich in der Pulverfabrik Dupont in Carnens Point (Amerika) ereignet. Sechs Arbeiter sind getötet, viele verletzt. Die Fabrik beschäftigte 15 000 Arbeiter in Tag- und Nachtschichten bei der Herstellung von rauchlosem Pulver und Pikrinsäure. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Welch edles Weib!

Dem Göttinger Tageblatt wird folgender Vorfall erzählt: Mit dem Zuge, der gestern vormittag um 10¾ Uhr von Ebelebsen hier ankam, fuhr auch eine Frau, die sich rühmte, durch den guten Verdienst ihres Mannes, der Offizier-Stellvertreter sei, jetzt viel Geld zu besitzen, ihretwegen könne der Krieg noch zehn Jahre dauern. Ein mitfahrender Feldgrauer stand empört auf und gab der Frau eine solch kräftige Ohrfeige, daß der Hut zum Fenster hinausflog. Ein mitreisender Herr gab dem Soldaten aus Befriedigung über die schnelle Justiz 10 Mark.

Durch einen Hund vom Tode gerettet

wurde in der Nähe von Flensburg ein Landsturmmann. Dieser, der in Rapshuby bei den Jägern dient, hatte zu Weihnachten Urlaub erhalten. Er fuhr fröhlich der Heimat entgegen und machte sich spät abends trotz wütenden Schneesturmes auf, um noch die Seinen zu überraschen. Kurz vor seinem Ziele aber brach er vollständig erschöpft zusammen und blieb die Nacht über draußen liegen. Morgens war der Mann fast ganz zugeschneit. In einer nebengelegenen Wirtschaft befand sich ein Hund, der früher dem Verunglückten gehörte. Als er morgens aus der Tür gelassen wurde, hatte er den Erstarrten bald gefunden und veranlaßte nun den Inhaber der Gastwirtschaft durch unhaltendes Bellen und Vorwärtsspringen, ihm zu folgen. So wurde der Landsturmmann gefunden. Unter sachgemäßer Behandlung erholte sich der Urlauber nach einiger Zeit wieder so weit, daß er zu den Seinen gebracht werden konnte. Ohne das Dazwischenkommen des Hundes wäre der Mann verloren gewesen.

Englischer Arbeiterhumor.

Im Labour Leader finden wir folgende zwei wahre Szenen aus der Werbekampagne:

Szene in Stockport.

Rekrutierungsoffizier zu einem vorbeikommenden Arbeiter: „Nun, was würden Sie dazu sagen, für Ihr Land zu kämpfen?"

Der Arbeiter: „Nein, mein Bester, ich habe kein Bedürfnis zu kämpfen."

Der Offizier: „Was, Sie haben kein Bedürfnis? Wie stände es mit dem Kriege, wenn jeder spräche wie Sie?"

Der Arbeiter: „Ich vermute, da würde überhaupt nicht gekämpft werden."

•

Szene im Gewerkschaftskartell von Gorton nach einer Werberede von W. A. Appleton.

Ein Fragesteller: „Als Heeresdienstfähiger möchte ich Herrn Appleton folgende Frage vorlegen: Wenn ich für „unser Land" kämpfen gehe, kann Herr Appleton mir ein Stückchen von diesem „unseren Lande" garantieren, wenn ich zurückkomme?"

Appleton (verdrießlich): „Ich bedauere, sagen zu müssen, daß ich es nicht kann."

Theaterkrawalle in Irland. In Carrickmore in der Grafschaft Tyrone in Irland fand, nach der Times, anläßlich der Aufführung eines Theaterstückes ein blutiger Zusammenstoß statt zwischen Mitgliedern des irischen Sinn-Fein-Bundes und den Anhängern Redmonds. Die Polizei konnte, obgleich sie durch bewaffnete Bürger verstärkt worden war, nicht verhindern, daß in dem Gebäude alles zerstört wurde. Viele Personen wurden durch Revolverschüsse verwundet. Frauen sprangen durch die Fenster. Während die Anhänger Redmonds Hochrufe auf den Vierverband und den König Georg ertönen ließen, riefen die Gegner: „Es lebe der Kaiser!" Die Grafschaft gehört zur Provinz Ulster.

Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Glänzende Erfolge eines 78jährigen.

Herr Baumschulenbesitzer Koppenhöfer in Neuenstein schreibt: „Mit besonderer Freude kann ich sagen, daß Togal ein rasch wirkendes Mittel ist, und daß sich schon nach kurzem Gebrauch eine außerordentlich günstige Wirkung bei mir zeigte. Dieses ist bei mir um so höher anzuschlagen, als ich schon seit mehr als 30 Jahren von sehr schweren Fällen von Rheumatismus am Knie heimgesucht wurde und für Badekuren usw. sehr viel Geld ausgegeben habe. Außerdem bin ich jetzt im 78. Lebensjahre. Kürzlich machte ich eine 1½stündige Fußtour nach meinem Weinberg ohne die geringsten Beschwerden. Früher mußte ich hierzu stets einen Wagen nehmen." Jeder, der einen Versuch mit Togal bei Rheumatismus, Ischias, Hexenschuß, Gicht, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen, sowie bei Neuralgie macht, wird ebenso begeistert von Togal sein, wie Herr Koppenhöfer. Es gibt nichts Besseres Togal-Tabletten sind zu billigem Preise in jeder Apotheke erhältlich. *1567

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Rittergasse 1 :: Bitterfeld, Hallesche Straße 17, Eilenburg, Leipzigerstraße 25 :: Torgau, Bäckerstraße 16. [1540

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160111-16/fragment/page=0006